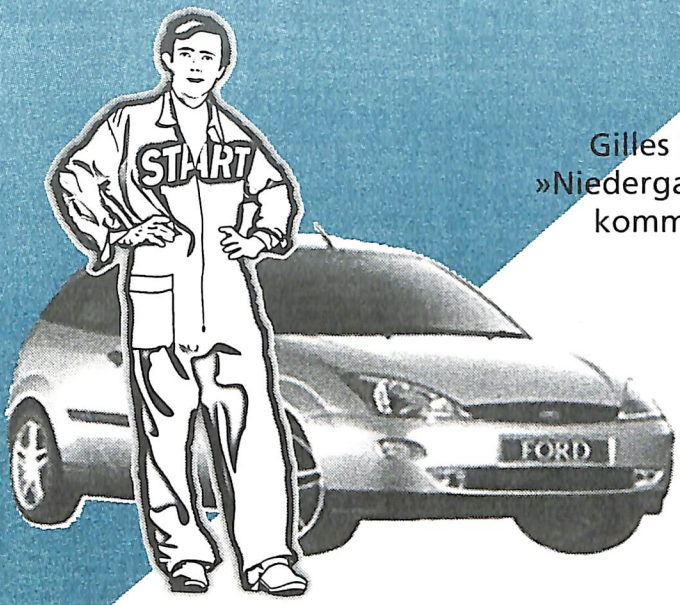
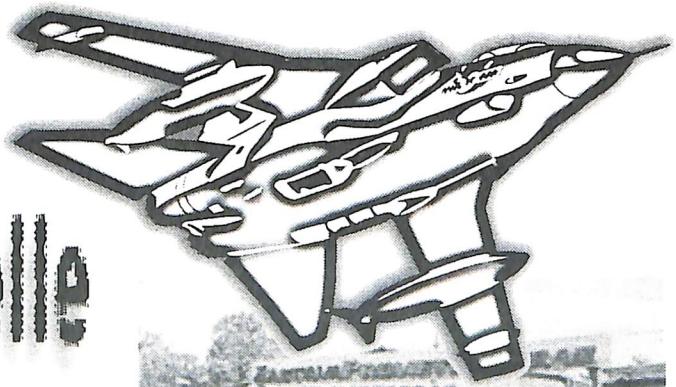
Wildcat-Zirkular

Nr.52/53 Juli 1999
8 Mark

Beilage:

Gilles Dauvé / François Martin:
»Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung«





Zwei Modelle
=
Ein Zweck

REPRISE REPRISE REPRISE

EDITORIAL

Alles lief mal wieder wie geschmiert: Das Paper des Amsterdamer Genossen war schon fürs letzte Zirkular fertig gewesen und mußte aus Platzgründen verschoben werden. Alle anderen, die ich zwei Wochen vor Drucktermin auf eine »vorläufige Fassung« ihrer Artikel ansprach, reichten mir lächelnd die »gemeinsam diskutierte und schon korrigierte Endfassung« rüber. An der Übersetzung von »Eclipse ...« beteiligten sich europaweit ganze ÜbersetzerInnen*gruppen*. Und dann kam noch zwei Tage vor Druckbeginn das neue Vorwort ... alles just-in-time, alles easy, alles kollektiv. Dementsprechend häufig konnten wir diesmal am See rumliegen, ins Kino gehen, H. konnte am Sonntag Fußball spielen (vgl. Editorial der Nr. 48/49!!), und alles war schön!
Dann mußten wir nur noch die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit folgendermaßen auf die Seiten verteilen ...

INHALT

... have a break S. **2**

Krieg, »Dritter Weg«, neue Klassenverhältnisse S. **6**

Der Krieg in Jugoslawien – ein Krieg gegen die Arbeiterklasse S. **15**

START in die schöne, neue Arbeitswelt S. **22**

Solidarität zu welchem Preis? – Über die Kritiklosigkeit in der Solidaritätsbewegung mit den ZapatistInnen S. **33**

Verweigern wir uns der mörderischen Logik des Krieges (Flugblatt aus Frankreich zum Krieg) S. **44**

... und morgen geh'n wir drucken!

KONTAKTE

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin – jaa@wildber.aball.de

Shiraz e.V. Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim suba@wildcat.rhein-neckar.de

http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/

NEUE Abo-Adresse:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Köln, und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

»Wir befinden uns jetzt in einer Konstellation, die eindeutig den Bruch herbeigeführt hat. Den Bruch durch den imperialistischen Krieg und einen Bruch, der mit der Parole von workfare und Einführung von niedrigentlohnter Arbeit den Globalangriff auf die Klasse im Inneren vorbereitet.« Das waren die Schlußworte von Karl Heinz Roth auf einer Veranstaltung, die wir gemeinsam mit ihm in Köln während des Weltwirtschaftsgipfels gemacht haben. Wir hatten uns bewußt vom Alternativen Wirtschaftsgipfel abgrenzen wollen und die Veranstaltung an einem anderen Ort gemacht, gleichwohl mit vielen Flugis bereits während des EU-Gipfels und auf dem »Alternativgipfel« dafür mobilisiert. Das hätten wir uns ziemlich sparen können. Der Alternativgipfel selber war abschreckend. Irgendwie wollte man gegen den »Neoliberalismus«, MAI, Globalisierung und für Schuldenerlasse sein. Aber selbst das war noch zuviel! Ein eingeladener Vertreter der Internationalen Karawane hat sich auf dem Podium von der Veranstaltung distanziert, weil der »Gegenkongreß« sich nicht einmal auf die Forderung nach einem bedingungslosen Schuldenerlaß einigen konnte. Viele der Anwesenden können sich außer Regierungsberatung der Sozialdemokratie und Appellen an den Staat oder »internationale Organisationen« nix vorstellen. Wenige Tage nach dem sogenannten Kriegsende in Jugoslawien wollten schon wieder alle mit-regieren! Die Frankfurter Rundschau hat das ganz trocken kommentiert, indem sie über den »echten« und den »Gegenkongreß« in *einem* Artikel berichtete, so als hätten zwei Arbeitsgruppen zum selben Thema getagt.

... have a break!

Angesichts dieser noch frischen Eindrücke zog sich durch die gesamte Wildcat-Veranstaltung die Frage, wie wir selber den politischen Bruch zu dieser Linken vollziehen könnten. Teilweise weil sich anwesende Vertreter von ak, Beute u.ä. gegen diesen Bruch aussprachen, teilweise weil andere GenossInnen den Gedanken aufnahmen und radikalisierten: »Wir müssen einen öffentlichen Bruch vollziehen, es ist falsch, wenn wir uns einfach in andere Räumlichkeiten zurückziehen.« Einer von ihnen schrieb uns später: »Ich denke, wir sind uns einig, daß der ganze Gipfelrummel in Köln wieder mal überdeutlich gezeigt hat, auf welchem Grad von theoretischer und praktischer Verelendung die ganze (sozial)staatsfixierte Linke mitsamt ihren NGOs, gewerkschafts- und staatsfinanzierten und -kontrollierten ›Arbeitslosen‹-Initiativen und bezahlten Sozial-Kontrolleuren und -Funktionären mittlerweile angekommen ist. Vielleicht wäre es ein lohnendes Projekt für die nächste Zeit, die Kritik an diesem reformistischen Possibilitismus zu präzisieren (über das Zirkular hinaus) und zu einer klareren Abgrenzung zu kommen.«

Wir fänden es gut, in diese Richtung weiterzudiskutieren und zu Ergebnissen zu kommen. Eine erste Konkretion, wo dieser Bruch politisch anzusetzen wäre, hatte Karl Heinz Roth bereits im letzten Zirkular vorgenommen: »Wir müssen eine neue außerparlamentarische Massenbewegung in Gang bringen, die den kriegführenden Parteien und Institutionen ihren Anhang und ihre Mitläufer wegnimmt, die Akteure des Kriegs isoliert und für ihre Verbrechen zur Verantwortung zieht. ... Dabei müssen wir vor allem denjenigen, die als funktionelle Grenzträger zum Massenprotest Betroffenheit und Zerrissenheit heucheln, ansonsten aber weiterhin knallhart die Kriegsmaschinerie ölen, entschieden entgegentreten. ... Wer jetzt die Grünen, die Sozialdemokratie und die anderen kriegsbefürwortenden Parteien und Organisationen nicht verläßt, wird sich in Zukunft vorhalten lassen müssen, daß sie/er in einer entscheidenden historischen Situation versagt hat.«

Die vielgerühmte »Zivilgesellschaft« ist für den Krieg eingetreten. NGOs haben geholfen, ihn auch materiell führbar zu machen: die Versorgung der Flüchtlinge hat das NATO-Bombardement möglich gemacht, ohne sie hätte sich die NATO selber was überlegen müssen. Also müssen wir jetzt auf Klärung drängen: gegen die Grenzträger der Kapitalherrschaft vorgehen, die Zivilgesellschaft als die andere Seite des Kapitalismus deutlich machen.

In einer beliebig gewordenen Linken hat der Krieg deutlich gemacht, wer auf welcher Seite steht. Das hatte neben der Verbitterung auch etwas Befreiendes – da wir von uns aus in der Lage sind, Fronten zu ziehen. Das Gefühl, aus dieser ins Endlose verlängerten Stagnationsperiode rauszukommen. Aber leichter wird es nicht.

→ zwei Beiträge aus der Veranstaltung zu Krieg und Sozialpolitik; (Karl Heinz Roth ist leider nicht rechtzeitig mit einer schriftlichen Fassung fertig geworden)

Was Rosa-grün macht, ist an vielen Punkten das Gegenteil von den Versprechungen, mit denen sie die Wahlen gewonnen haben: Rentenkürzungen, kein Atomausstieg, Verschlechterungen für Arbeitslose und Steuergeschenke an die Unternehmer. Die Krankenkassen wären sofort saniert, wenn alle 13,5% vom Bruttolohn als Krankenkassenbeitrag bezahlen müßten [ich mein ja nur, von wegen »reformistischer Possibilitismus« <g>]. usw. usw. Dann lag der Krieg in der Luft und das BRD-Regime ist draufgesprungen und hat mitgemischt – und will jetzt mit Schwung auch innenpolitisch einen Durchbruch erreichen. Die Workfare-Programme sind auf einer neuen Stufe angelangt: nicht mehr Unkraut jäten auf dem Friedhof, sondern Burger verkaufen bei McDonalds als nicht mehr nur staatliche Disziplinierung der Arbeitsunwilligen sondern ihre Zuführung in die direkte

Verwertung. Das Sofortprogramm für jugendliche Arbeitslose hat zigtausend Jugendliche zu deutlich schlechteren Bedingungen in Arbeit gesteckt. Das Bündnis für Arbeit schleift weitere Tabubereiche gewerkschaftlicher Interessensvertretung.

Das ist die Konstellation des Bruchs von oben – wie sieht es mit dem Bruch von unten aus? Rosa-grün hat bei den Europawahlen erstmal einen Denkzettel gekriegt; überall wo die Neo-Sozialdemokraten einen Angriff auf die sozialstaalichen Garantien fahren, haben sie massiv verloren. Dort, wo sie traditionell sozialdemokratische Reformpolitik machen, haben sie Stimmen dazugewonnen. Das auch zum Stand der Klarheit und Hoffnungen auf seiten der Klasse! Allerdings ist das *partiell* noch immer eine richtige Wahrnehmung: Gut, die Renten werden nur um die Inflationsrate erhöht; die Arbeitslosenhilfe ebenso. Klar ist das »Betrug an den Wählern«, aber wer wird deshalb schon auf die Straße gehen? Erst haben sich die Leute ge-täuscht und sind wählen gegangen, dann wurden sie ent-täuscht – sehen sie jetzt klarer?

Aber auch wenn Schröder aus den Wahlergebnissen Munition machen will für einen noch kapitalfreundlicheren Regierungskurs (»Wir haben verstanden.«), das wichtigere war zweifellos die niedrigste Wahlbeteiligung seit vielen Jahren: in der BRD sind knapp 27½ Millionen wählen gegangen, über 33 Millionen sind nicht wählen gegangen, neun Millionen mehr als bei den letzten Europawahlen. Immerhin. Politikmüdigkeit, kein Vertrauen in die herrschenden Parteien. Es gibt eine Krise der Betätigung, des Mitmachens. Das ist noch kein bewußter Bruch und noch lange kein neuer gesellschaftlicher Aufbruch, wohl eher eine Verweigerung, die (noch) keine Alternative sieht.

Das müssen wir im Auge haben, wenn wir von einem »Bruch« sprechen. Wir selber können erstmal nur einen Bruch zwischen der revolutionären Linken und der staatsfixierten Linken befördern. Erst damit können wir glaubwürdig werden für andere Menschen, die unter diesem System leiden und nach einem Ausweg suchen. Die gesamten Vorstände der größeren deutschen Banken haben inzwischen Betrugsanklagen am Hals, die gesamten Eliten sind strukturell korrupt und das wissen auch alle (Bangemann ist kein Einzelfall). Im *Tatort* läßt die deutsche Atommafia killen und Kinder entführen, in *Akte X* probt die amerikanische Regierung Seuchen-Angriffe gegen die eigene Bevölkerung ... – das sind keine linksradikalen underground-Videos, sondern »normale« Fernseh-Unterhaltung!

In einer solchen Zeit, wo die Wirtschaft seit fast 30 Jahren nicht aus der Krise rauskommt, wo viele Menschen sich von ihrer Regierung nichts mehr erwarten und ihr im Gegenteil alles zutrauen, wo die Herrschenden 11 Wochen lang ein kleines Land kaputtbomben, ohne daß sich ein nennenswerter Widerstand dagegen rührt, macht sich eine Linke komplett lächerlich, die immer noch (und wieder!) auf den Staat setzt. Die historische Periode, in der alle auf den Nationalstaat gesetzt haben, Linke wie Rechte, Bürgerliche wie Sozialisten, ist 200 Jahre

nach der Französischen Revolution endgültig abgelaufen; nur ein Häufchen ewiggestriger Linker will das nicht wahrhaben und geht mit ihrer Staatsfixiertheit bis zu der ekelhaften Absurdität, einen Bombenkrieg zu unterstützen, damit Menschenrechte verteidigt werden sollen!

Die politischen Vertreter der '68er Bewegung sind an den Spitzen des Staats und der NGOs angekommen. Damit ist '68 aber auch vorbei, insofern es die letzte Revolution war, die daran glaubte, daß man die Politik, den Staat verbessern könne. Trotzdem haben wir es heute mit einem massiven Einschwenken der restlichen Linken auf neo-reformistische Positionen zu tun, die sich hauptsächlich als Neokeynesianismus ausdrücken (dazu haben wir in den letzten Zirkularen eine Menge geschrieben).

→ Positionspapier des ehemaligen Mexiko-Solidaritätskomitees / Amsterdam.

Von Kapitalseite hingegen ist der Regierungsauftrag klar: die Verwertungsbedingungen auch *in* den Metropolen wieder sanieren – ob mit dieser oder einer anderen Koalition!

Inzwischen haben sich nicht nur im Durchschnitt, sondern auch die zentralen Bereiche der Produktion gründlich verändert: Festeinstellung grundsätzlich erst nach mindestens einjähriger Bewährung; Leiharbeiter mit wesentlich niedrigeren Stundenlöhnen, aber mit Facharbeiterausbildung, stehen am Band direkt neben Stammarbeitern der Automobilfirma, alles geregelt über Firmentarifverträge mit DGB-Gewerkschaften.

→ Artikel über START bei Ford; McDonalds und Arbeitsamt

In der **Beilage** findet Ihr drei Texte, die etwa 30 Jahre alt sind. An einigen Stellen merkt man ihnen ihr Alter auch an, hier ist die Diskussion in den letzten Jahrzehnten einfach weitergegangen! In ihrer theoretischen und politischen Stoßrichtung sind die Texte aber keinesfalls veraltet und wir versprechen uns eine ganze Menge Anregungen für die Debatte.

P.S. Wir stellen gerade einen Reader mit den *Materialien* zum Jugoslawienkrieg zusammen, weil viele der Texte, die wir gelesen und diskutiert haben, schwer zugänglich sind. Das Ding wird zwischen 80 und 100 Seiten Din A4 haben (Texte in Deutsch und Englisch). Wer es bestellen will, soll 10 Mark überweisen oder in Briefmarken an Shiraz Köln schicken.

Krieg, »Dritter Weg«, neue Klassenverhältnisse

In der öffentlichen Meinung wurde sehr schnell ein Zusammenhang hergestellt zwischen der Beteiligung der rosa-grünen Regierung an einem Angriffskrieg und der Entschlossenheit, mit der sie nun einen radikalen Umbau des Sozialstaats durchpeitschen will.[1] Und tatsächlich fallen deutliche *Parallelen im Regierungshandeln* ins Auge. Dem allzu leicht vollzogenen »Tabubruch« des Kriegs »von deutschem Boden aus« folgte prompt der sozialdemokratische »Tabubruch« – ideologisch mit dem Blair/Schröder-Papier, praktisch mit der Einleitung eines harten Sparkurses vor allem gegen die Töpfe des Sozialstaats.

Mit dem zweiten Teil des Balanceaktes dürften die Grünen weniger Schwierigkeiten haben, sie profilieren sich schon lange an der Seite von Modernisierern wie Hornbach als grüne Mittelstandspartei. Die Sozialdemokratie hingegen muß mit dem »Dritten Weg« ein ganzes Stück ihrer bisherigen Identität und ihrer Anbindung an das gewerkschaftliche Milieu über Bord werfen. Aber als Regierungspartei hat sie kaum Alternativen, so wie ihre Beteiligung am Krieg keine freie Entscheidung oder deutsche Bösartigkeit war. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir die rührende Anekdote Fischers über die 15 Minuten, die man ihnen in Washington zur Entscheidung für oder gegen den Krieg gelassen habe, glauben sollten. Die letztendlich gemeinsame Entscheidung der NATO-Länder für Krieg ist vor dem Hintergrund der *langfristig krisenhaften Entwicklung des globalen Kapitals* zu sehen. Das verzweifelte Wegbomben sämtlicher Widerstände und Blockaden der Kapitalverwertung tritt nach Außen als militärischer Terror auf und macht sich nach Innen als Durchmarsch zur *Mobilisierung von*

[1] Beispielhaft sind Ermahnungen wie diese: *»Nachdem Kosovo monatelang auch die Schwächen der rot-grünen Koalition überlagert hatte, zeigt sich in Vorgehen und Inhalt jetzt der untrennbare Zusammenhang der beiden großen Themen in der beginnenden Nachkriegsphase. Deutschlands Rolle in Europa verändert sich, wird aktiver und ist doch längst noch nicht austariert oder gar verarbeitet. Gleichzeitig wird nach innen die Klärung der Reformziele unausweichlich für Regierungsparteien, die von der politischen Linken her kommen.«* (FR, 12.6.99 »Die Umwertung der Werte« von Richard Meng) *»Was der Kriegseinsatz der Deutschen im Kosovokonflikt zweifellos gebracht hat, ist ein Stilwechsel in der Performanz des politischen Führungspersonals. Es ist ein Wechsel vom Spaß an der Politik zum Ernst der politischen Verantwortung. Daran könnte man in Friedenszeiten anknüpfen, um von der Gesellschaft der Individuen das zu verlangen, was für die Zukunft des Landes nötig ist. Denn es scheint in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Zeit gekommen zu sein, da nicht nur vieles anders, sondern alles besser gemacht werden muß.«* (SZ, 14.6.99 »Nach dem Krieg. Die neue Politikergeneration hat sich verändert« von Heinz Bude).

Arbeitskraft geltend. Denn darum geht es bei allen Sparmaßnahmen und Umbauplänen – und bei den neuen Projektionen für eine zunehmende Einwanderung in die BRD. Es geht nicht um irgendeine fiktive »Obergrenze« von Staatsverschuldung, sondern um die Frage, wieviel Arbeit vom Kapital zu welchem Preis eingesaugt werden kann.

Es war schon immer die Aufgabe des Sozialstaats, die Mobilisierung von Arbeitskraft für die Ausbeutung abzusichern. Aber der Sozialstaat kann nur flankierend wirken, entschieden wird die Frage dort, wo das Herauspumpen der lebendigen Arbeit stattfindet: an den neuen und alten Orten der Ausbeutung. Dort sucht das Kapital nach Lösungen für seine Krise und dort entscheidet sich letztendlich die Frage, ob dieses barbarische Produktionsverhältnis samt seiner Kriege weiterexistieren wird oder nicht.

Der *Pazifismus*, der sich nach einem friedlichen Kapitalismus sehnt, toleriert die Ausbeutung und die Erniedrigung der Menschen durch Arbeit genauso, wie die *Illusionen in den Sozialstaat* von der Ausbeutung absehen. Politische Perspektiven, die sich nicht an der Aufrechterhaltung der alltäglichen Grausamkeiten beteiligen wollen, müssen daher jenseits von Friedensbewegung, Märschen gegen die Arbeitslosigkeit oder Kampagnen für ein Existenzgeld ausloten, wo die Sprengsätze in den neuen Klassenverhältnissen liegen.

1. Militärische Siegerpose und Entschlossenheit zur sozialen Radikalkur
2. Die ungelöste Krise der Verwertung
3. Sozialstaatsumbau: Mobilisierung von Arbeitskraft
4. Perspektiven: Weder Pazifismus, noch Sozialstaatsillusionen!

1) Militärische Siegerpose und Entschlossenheit zur sozialen Radikalkur

Seitdem sie an der Regierung ist, hantiert die rosa-grüne Regierung mit einer Mischung von sozialpolitischem Tabubruch und Konsensstiftung. 1998 schockte Oskar Lafontaine auf einem Gewerkschaftstag seine ZuhörerInnen mit dem Vorschlag, die Arbeitslosenversicherung in eine steuerfinanzierte Grundsicherung – sprich Sozialhilfe – umzuwandeln. Gleichzeitig wurden Gewerkschaften und Unternehmer im Bündnis für Arbeit zusammengeholt, um den Umbau des Sozialstaats »im Konsens« zu organisieren. In den ersten Tarifabschlüssen nach dem Regierungswechsel wurden etwas höhere Lohnsteigerungen vereinbart als in den letzten Jahren üblich. Die Unternehmer murrten, aber schon damals erklärten Gewerkschaftschefs wie Zwickel die längerfristige Strategie: man habe den Ar-

beitern zeigen müssen, daß auch sie was von den neuen politischen Verhältnissen haben, bevor man im Rahmen der Bündnisgespräche soziale Einschnitte verhandeln könne. Denselben Charakter haben die »Korrekturen« der von der Kohl-Regierung vorgenommenen Gesetzesänderung bei der Lohnfortzahlung, beim Kündigungsschutz oder beim Arbeitslosengeld. Sie sollen unterstreichen, daß mit dem Regierungswechsel tatsächlich ein Politikwechsel stattfindet, ohne die tiefsten Einschnitte rückgängig zu machen. So wird die ohnehin unnütze dreimonatige Meldepflicht für Arbeitslose aufgehoben, die jährliche dreiprozentige Absenkung der Arbeitslosenhilfe aber beibehalten.

Aber die neue Regierung steckt in dem Dilemma, einerseits in Abgrenzung zur Kohl-Regierung eine Rückkehr zum traditionellen Sozialstaat zu propagieren, andererseits zur Ankurbelung der Wirtschaft auf einen radikalen Umbau des Sozialstaats zu setzten. Am deutlichsten ist dies an den Reformgesetzen für die geringfügige und scheinselbständige Beschäftigung geworden. Zunächst wurden vollmundige Reformversprechen unter dem Druck der Wirtschaft kleingekocht, dann wurde ein bürokratisches Regelwerk verabschiedet, von dem absehbar war, daß es von der unternehmerischen Kritik an der sozialstaatlich abgesicherten Beschäftigung öffentlich zerpflückt werden konnte. Sozialdemokratischen und grünen »Modernisierern« mag das ganz recht gewesen sein, weil sie mit dieser Kritik im Rücken um so heftiger ihre für umfassenderen Pläne für einen Umbau des Sozialstaats und die staatliche Förderung von Billiglohnarbeit werben konnten. Vor dem Krieg war die Regierung allerdings an dieser Front festgefahren.

Wir wollen nicht behaupten, daß sich die Entscheidung zum Krieg in erster Linie aus einer »Flucht nach Außen« aus der festgefahrenen innenpolitischen Situation erklären läßt. Aber das Schröder-Regime hat von Anfang an versucht, die Kriegsbeteiligung und die Niederhaltung jeglicher Opposition gegen den Krieg innerhalb der Partei oder der Gewerkschaften, auch für einen Durchbruch an der sozialpolitischen Front nutzbar zu machen. Als der »Spiegel« Anfang Mai das Papier der Benchmarking-Arbeitsgruppe innerhalb des Bündnis für Arbeit zur Förderung eines Niedriglohnsektors veröffentlichte und daraus eine Titelstory »Radikalkur gegen die Arbeitslosigkeit« machte, war dies keine journalistische Laune, sondern ein gezielter Affront gegen die Gewerkschafter im Bündnis. Das Strategiepapier war dem »Spiegel« zugespielt worden, bevor die Gewerkschafter es zu sehen bekommen hatten. Schröder/Hombach signalisierten damit, daß sie nicht länger bereit sind, ihre Pläne in ständigen Diskussion zerfleddern zu lassen.

Ein paar Tage nach dem proklamierten »Ende« des Kriegs gegen Jugoslawien stellten Blair und Schröder in London ein Papier zu den zukünftigen Positionen der Sozialdemokratie vor, das bewußt einen reinigenden Schockeffekt bei der eigenen Partei und den Gewerkschaften hervorrufen sollte. Dem Angriffskrieg soll der Angriff auf die Rigiditäten in der Arbeiterklasse folgen. Die Kernthesen des Papiers besagen:

• die Sozialdemokratie hat sich bisher zu stark am Ziel der sozialen Gerechtigkeit orientiert;
• die Steuerungsfunktion der Märkte wurde unterbewertet und den Interessen der Unternehmer zu wenig Raum gegeben;
• es geht heute nicht darum, die Gesellschaft durch Sozialpolitik zu gestalten, sondern die Politik muß sich den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen;
• die Konkurrenz, das ständige Vergleichen ist das zentrale Prinzip (wird heute als »Benchmarking« bezeichnet). Jeder einzelne, jede Abteilung eines Betriebs, jeder Staat soll sich stets mit den anderen vergleichen und am »besten« orientieren;
• und schließlich formuliert es die klare Absage an den »traditionellen Konflikt am Arbeitsplatz«, womit den Gewerkschaften gesagt wird, daß sie zwar als Bündnispartner und als Unterdrückungsinstrumente gegen betriebliche Konflikte gebraucht werden, der Staat aber keine eventuellen Konfliktstrategien duldet.

Innenpolitisch hat das Papier seine Schockwirkung nicht verfehlt. Es hagelte sofort kritische Einwände und Warnungen, die sozialdemokratische Identität nicht völlig aufzugeben. Von Schröder und den Grünen – die das Papier sofort als richtiges Signal zur richtigen Zeit begrüßten – ist dieser Streit einkalkuliert. Mit ihm soll die neue Linie mit öffentlich zelebrierten Bauchschmerzen als Grundlage des weiteren Regierungshandelns durchgesetzt werden, so wie es die Grünen in der Frage des Krieges auf ihrem Bielefelder Parteitag vorgeführt haben. Bei dem 30-Milliarden-Sparpaket von Finanzminister Eichel bleibt noch offen, inwieweit es der erste praktische Einstieg in die Umsetzung der neuen Strategie des »Dritten Weges« ist. Die SPD-Linke, die sich den Erfordernissen der Haushaltssanierung nicht verschließt, möchte eben diesen Eindruck vermeiden. Umso mehr geht es Schröder und den Grünen darum, die Spardiktate in den Zusammenhang eines generellen Strategiewechsels zu stellen. Die einzelnen Einsparungen für sich betrachtet ergeben noch keinen generellen Strategiewechsel im Vergleich zu bisherigen sozialpolitischen Einsparmaßnahmen. Aber zum einen werden sie in Zusammenhang mit einem radikalen Umbau gestellt, wie die allmähliche Ablösung der staatlichen Umlagerente hin zu einer stärker privat finanzierten und kapitalgedeckten Rente oder die geplante Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Zum anderen versuchen sich Eichel und Schröder von der bisherigen Verhandlungslogik gegenüber den Verbänden frei zu machen, wie es der Kanzler gerade den Bauern gegenüber demonstriert hat. Denn alle Strategien für einen Umbau des Sozialstaats, die auf einen Konsens der verschiedenen Interessenvertretungen auf der politischen Bühne aufbauen, finden heute in der anhaltenden Stagnation der Kapitalverwertung eine definitive Grenze.

2) Die ungelöste Krise der Verwertung

Hinter den oberflächlichen Parallelen zwischen der Entscheidung zum Krieg und der Entschlossenheit zur sozialpolitischen Radikalkur steckt ein tieferer Grund, der beide Strategien verbindet. Seit dem Ende des Nachkriegsbooms Mitte der 70er Jahre sind die Zuwachsraten von Sozialprodukt und Investitionen mit jedem weiteren Kriseneinbruch immer weiter zurückgegangen. Die anfänglichen Hoffnungen auf einen neuen Boom mit dem weltweiten »Sieg des Kapitalismus« 1989/91 haben sich spätestens 1997 zerschlagen, als sich die tiefe Krise der Träger einer neuen Entwicklungshoffnung in Südostasien in einem beispiellosen Crash der Finanzmärkte Bahn brach und sich kurz darauf die krisenhaften Entwicklungen auch in Brasilien und Rußland zeigten. An die Stelle der Hoffnung auf eine rasche »Transformation« der ehemals sozialistischen Staaten zu einer blühenden kapitalistischen Ökonomie ist das Gespenst der Rückkehr von Deflation und Depression getreten. Die Entscheidung für Krieg ist sowenig eine glaubwürdige »Lösung« dieser Stagnation wie der radikale Umbau des Sozialstaats. Aber beide sind verzweifelte Versuche, aus der globalen Stagnation herauszukommen, d.h. immer radikaler und aggressiver gegen alles vorzugehen, was der Kapitalverwertung im Wege stehen könnte.

In der Theorie knüpft das Modell des Dritten Weges daran an, daß »Arbeit« und Beschäftigung als Grundlage für eine Interessensidentität zwischen Kapital und Arbeiterklasse dienen können. Wenn mehr gearbeitet wird, steigt das Lohnvolumen der Arbeiterklasse und gleichzeitig können die Profite steigen. In Zeiten des Bomms konnte die Sozialdemokratie daraus die Legitimation ihrer Reformperspektiven beziehen. Lohn und Profit sollten ihre Gegensätzlichkeit verlieren und gleichermaßen wachsen können. Mit dem »Dritten Weg« will die Sozialdemokratie daran anknüpfen und sich als Alternative zur neoliberalen Ideologie empfehlen, die vor allem die Gegensätzlichkeit betonte: Löhne runter, damit die Profite wieder steigen.

Unter den Bedingungen der Stagnation ist das aber nicht als Konsensstrategie machbar, weil sich die Reihenfolge der Maßnahmen umkehrt: es entstehen nicht erst neue Arbeitsplätze, für die dann durch Reformen bessere Bedingungen geschaffen werden, sondern es müssen zunächst Bedingungen geändert werden – in der Hoffnung, dann zu mehr Arbeitsplätzen zu kommen. Die Sozialdemokratie landet damit bei derselben Gegensätzlichkeit von Lohn und Profit wie die neoliberale Ideologie und kann nur auf zwei Unterscheidungsmerkmale verweisen: erstens will sie die für das Kapital notwendigen Lohnsenkungen mit Einkommenssubventionen für die ArbeiterInnen abfedern, und zweitens will sie mit umfassenderen workfare-Programmen den direkten Druck in die Arbeit verstärken, woran Kohl oder Thatcher gescheitert waren.

Insgesamt läuft das darauf hinaus, daß sie sich zwar um einen Konsens und um die Einbindung der Gewerkschaften bemühen wird, daß sie aber genauso den politischen Willen und die Entschlossenheit zu sozialpolitischen »Grausamkeiten« aufbringen muß. Ob sie damit durchkommt, wird sich weniger am aktuellen Gemoser von Verbänden und Gewerkschaften entscheiden, sondern daran, ob es ihr gelingen wird, über sozialpolitische Reformen die Mobilisierung von Arbeitskraft für die kapitalistische Verwertung auszuweiten. Im Schröder-Blair-Papier heißt es: »Das System der Steuern und Sozialleistungen muß sicherstellen, daß es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten.« Das »Interesse« der Menschen zu arbeiten beruht in erster Linie auf ihrer Eigentumslosigkeit und ihrer Enteignung von allen kollektiven Lebensmöglichkeiten im Kapitalismus, was ihnen als vereinzelte Arbeitskraft keine andere Wahl läßt, als für Lohn zu arbeiten. Der Sozialstaat ist Teil dieser Enteignung, aber es ist eine klassenpolitische Frage, ob und wie weit diese Trennung der vergesellschafteten Individuen von der eigenen produktiven Macht gelingt.

3) Umbau des Sozialstaats zur Mobilisierung von Arbeitskraft

Die OECD – der wirtschaftspolitische Think Tank der westlichen Industriestaaten – hat 1994 in einer »Job Study« die Rigiditäten der europäischen Arbeitsmärkte kritisiert und sie für die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in diesen Ländern verantwortlich gemacht. Verbunden damit war eine detaillierte Liste von Empfehlungen, was in den einzelnen Ländern geändert werden müsse. Dieses Jahr hat der IWF in seinem jährlichen Bericht über die weltweite wirtschaftliche Entwicklung dem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet und fordert die zügige Umsetzung der OECD-Vorschläge. Dabei zählt er Deutschland und Frankreich zu den Ländern, die bisher kaum Fortschritte beim Abbau der »Verkrustungen« auf den Arbeitsmärkten gemacht haben und daher immer noch unter hoher Arbeitslosigkeit leiden.

Dabei geht es um die »Unterauslastung« eines zentralen Produktionsfaktors, der Arbeit. Wichtiger als offizielle Arbeitslosenzahlen ist für den IWF der Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung der nicht arbeitet – und dieser sei in der BRD einfach zu hoch (36,5 Prozent gegenüber 26,5 Prozent in den USA oder 21,9 Prozent in der Schweiz). Für die Profitrate ist unter den Bedingungen des sozialstaatlich regulierten Arbeitsmarktes nicht allein der individuelle Lohn entscheidend, sondern die Frage, wieviel des gesellschaftlichen Gesamtprodukts für das »Durchfüttern« der gesamten Arbeiterklasse – einschließlich Rentnern, Schul-

kindern, Hausfrauen usw. – aufgewandt werden muß. Wieviel kostet die Reproduktion der Arbeiter*klasse* und wieviel lebendige Arbeit läßt sich aus ihr herauspumpen? Sozialstaatliche Leistungen wie Arbeitslosengeld sind laut IWF durchaus produktiv, wenn sie die Anpassungsbereitschaft und Flexibilität der Arbeitskräfte erhöhen. Sie werden aber unproduktiv, wenn sie Nichtarbeit zu einer gesellschaftlichen Option machen. Dann stellen sie »Störungen« auf den Arbeitsmärkten dar, die durch »Strukturreformen« beseitigt werden müssen.

Der IWF weist in dem Zusammenhang darauf hin, daß es bei solchen Strukturreformen darauf ankommt, sie schlagartig und umfassend umzusetzen, weil es sonst immer wieder zu Anpassungsprozessen im Klassenverhalten kommt, d.h. einzelne Kürzungen oder Verschlechterungen führen dazu, daß die ArbeiterInnen auf andere Leistungen ausweichen. In Deutschland hat z.B. die Erleichterung von befristeten Arbeitsverhältnisse nicht nur als Disziplinierung gewirkt, sondern auch dazu geführt, daß es normaler wurde, anschließend Arbeitslosengeld zu beziehen. Die Notwendigkeit einer »Radikalkur«, wie sie die Schröder-Berater im Bündnis für Arbeit fordern, ergibt sich also nicht aus einer fiktiven Schallmauer in der Staatsverschuldung, sondern aus dem Zusammenhang zwischen sozialstaatlichen Regelungen und Klassenverhalten.

»Viele der Störungen des Arbeitsmarkts, die zu hohen Raten von struktureller Arbeitslosigkeit führen, stehen in Wechselwirkung zueinander. Daraus ergibt sich umgekehrt, daß auch die Strukturreformen, die auf eine Beseitigung dieser Störungen zielen, sich komplementär zueinander verhalten, d.h. sich gegenseitig verstärken können. Das könnte der Grund dafür sein, daß viele der geringfügigen oder allmählichen Reformen, die in den 90er Jahren in Europa durchgeführt wurden, nur einen geringen Einfluß auf die gesamte Arbeitslosigkeit hatten, während eine deutliche Senkung der strukturellen Arbeitslosigkeit nur in den Ländern erreicht werden konnte, wo Arbeitsmarktreformen sowohl **radikal wie umfassend** durchgeführt wurden.«[2]

Die Dramatik der Frage von Arbeitskraftmobilisierung geht allerdings in mittelfristiger Perspektive weit über das Problem der inländischen Erwerbsbeteiligung hinaus. Industrieländer wie die Bundesrepublik stehen vor dem Problem einer stagnierenden oder rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und zunehmenden »Überalterung«, das sich in den nächsten Jahren zuspitzen wird. Nach den Prognosen der Arbeitsmarktforscher wird das Erwerbspersonenpotential ab 2010 stark zurückgehen – und zwar selbst dann, wenn die Erwerbsquote der Frauen auf

[2] Aus dem Sonderkapitel des »World Economic Outlook« 1999 des IWF »Chronic Unemployment in the Euro Area: Causes and Cures«.

ein unwahrscheinlich hohes Maß weiter ansteigt.[3] Ohne Zuwanderung würde das Erwerbspersonenpotential von 1996 ca. 41 Millionen Arbeitskräften bis 2040 auf ca. 26 Millionen zurückgehen. Um die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte annähernd stabil zu halten, wäre laut IAB-Studie eine *jährliche* Einwanderung von einer halben Million Menschen erforderlich.

Die Mobilisierung von Arbeitskraft war in der Geschichte des Kapitalismus nie eine nationale Frage, sondern stets aufs engste mit Migrationsbewegungen verknüpft. Die genannten Prognosen zeigen, welche Dramatik die Frage der Migration und der kontrollierten Einwanderung in den nächsten Jahren bekommen wird. Vor dem Hintergrund müssen die mit dem Krieg gegen Jugoslawien forcierten Instrumente des internationalen Flüchtlingsmanagements genauer bewertet werden.

Bei der Einwanderung geht es nicht allein um die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, sondern auch um ihre Zusammensetzung und ihre Kosten. Die Einwanderung von Arbeitskraft aus dem Ausland ist für die Kapitalverwertung so günstig, weil die Reproduktion, Erziehung und soziale Absicherung dieses Teils der Arbeiterklasse für das Kapital zunächst viel geringere Kosten verursacht. Der Sozialstaat fungiert dabei als eine der materiell wirksamsten Spaltungslinien im Proletariat. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Verteidigung des Sozialstaats alles andere als Ansatzpunkt einer antikapitalistischen Strategie.

4) Perspektiven: Keine Illusionen in einen friedlichen oder sozialen Kapitalismus

Der moderne Sozialstaat hat sich von Anfang an im Kontext einer nationalstaatlichen Einbindung und Kontrolle der Arbeiterklasse herausgebildet. An die Stelle eigener Kampf- und Reproduktionsfonds der Arbeiterbewegung setzte er eine nationalstaatliche Absicherung der als Staatsbürger definierten Mitglieder der Arbeiterklasse und verband dies mit der bürokratischen Überwachung ihres Lebenswegs. Es ist daher auch kein Zufall, daß ausgerechnet der Erste Weltkrieg zum »großen Schrittmacher« der Sozialpolitik wurde, weil er die Organisationen der Arbeiterbewegung in den nationalen Staat und in die Verwaltung der Arbeitskraft einbezog. Der Krieg macht eine Mobilisierung und Kontrolle von Arbeitskraft in völlig neuer Dimension erforderlich, eine regelrechte »Menschenökonomie« für

[3] Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht Nr. 4/1999 v. 20.5.99. Das Erwerbspersonenpotential setzt sich zusammen aus den Erwerbstätigen, den registrierten Arbeitslosen und der Stillen Reserve (d.h. den nicht als arbeitslos registrierten, aber arbeitsuchenden Personen).

Krieg und Kriegsproduktion. Im Gegenzug zur Gewährung der langersehnten politischen Anerkennung und zur Einführung erster Mitbestimmungsorgane im »Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst« von 1916 beteiligten sich die Gewerkschaften daran, umfassende Arbeitsnachweise einzuführen – die Vorläufer der heutigen Arbeitsamtsbürokratie. Genauso bereitwillig übernahmen sie die Verantwortung für die Unterdrückung des Klassenkampfs. Die durch den Krieg erforderlich gewordene Wirtschaftsplanung und ihre Beteiligung daran sahen sie als Einstieg in den »Staatssozialismus«.

Seit es ihn gibt hat der Sozialstaat nicht nur die Arbeiterbewegung in den Staat eingebunden, er hat auch immer wieder große Teile einer antikapitalistischen Linken auf den Staat orientiert. In den aktuellen Kampagnen für ein »soziales Europa« drückt sich diese Staatsfixiertheit nur in neuer, eben europäischer statt nationalstaatlicher Form aus. Geradezu lächerlich ist der Versuch, diese Kampagnen für den sozialen Staat mit einer konsequenten Haltung gegen den Krieg zu verbinden. Das »soziale Europa« ist nur die Flankierung einer europäischen Staatsbildung, die nach außen zwangsläufig als kriegsführendes Europa zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung auftritt. Der Krieg gegen Jugoslawien ist in dieser Entwicklungsperspektive nur ein erster Schritt gewesen. Der Pazifismus des »sozialen Europa« und die Illusion in den Sozialstaat rechtfertigen gleichermaßen eine staatlich organisierte kapitalistische Ordnung, die nur bitte schön friedlich und ohne allzu großes Elend für die Proletarier daherkommen soll. Vom Klassencharakter dieser Form von Gesellschaft wird in beiden Fällen abgesehen.

Eine Perspektive sowohl gegen den Krieg wie gegen die neuen Versuche zur Ausweitung des Kapitalkommandos über unser Leben können wir nur gewinnen, wenn wir die explosiven Widersprüche in den sich verändernden Klassenverhältnissen in den Mittelpunkt stellen – von unten, ohne jeden Bezug auf den Staat und von vornherein über alle nationalen Begrenzungen hinaus! Dazu gehört auch, daß wir jede »Repräsentation« von proletarischen Bedürfnissen ablehnen, wie sie von den Inszenierern einer »Arbeitslosenbewegung« in Frankreich oder Deutschland versucht wird. Aus solchen Versuchen zur Repräsentation von Schichten, die aus den Vertretungsmechanismen der Gewerkschaften herausfallen, entwickelt sich höchstens eine neue Schicht von Vermittlern, die im Bedarfsfall vom Staat zur Kontrolle und Eindämmung wirklicher Kampfbewegungen herangezogen werden können. Der Krieg hat noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, mit allen diesen Versuchen von Vermittlung zum Staat zu brechen und eine klare Trennungslinie zu ihnen zu ziehen. Wir können nicht gegen den Krieg mit einer pazifistischen Haltung auftreten, ohne radikal die Tatsache zu betonen, daß der Kapitalismus die systematische Unfriedlichkeit zwischen der Arbeiterklasse und Staat/Kapital ist.

Der Krieg in Jugoslawien – ein Krieg gegen die Arbeiterklasse

Vorbemerkung

Es gibt alle möglichen Theorien über die wahren Gründe des Krieges gegen Jugoslawien – die sich auch nicht alle widersprechen. Wir wollen hier nochmal zusammenfassen, welche Auswirkungen der Krieg für die ArbeiterInnen hat.
1. In Serbien hat der Krieg sämtliche größeren Betriebe zerstört und stellt damit im Rahmen der Wirtschaftsreformen in Osteuropa die schnellste und brutalste Massenentlassung seit 1989 dar.
2. Im Kosovo wurden innerhalb von wenigen Wochen geschätzt über eine Million Menschen von ihrem Land vertrieben, die in einer Mischung aus Selbstversorgung und anderen Einkünften lebten, selten Lohnarbeit im Kosovo selbst. Möglicherweise über Jahre hinweg wird ein Großteil dieser Menschen ihre Perspektiven zwischen militarisierten Lagern, Migration und einer unsicheren Zukunft im Kosovo suchen müssen.
3. Durch die Vertreibungen und die Besetzung des ganzen Balkans mit NATO-Truppen wird die Flüchtlings- und Migrationspolitik Europas auf eine neue Grundlage gestellt.
Wir gehen davon aus, daß diese Auswirkungen kein Zufall oder Unfall waren, sondern beabsichtigt. Die Frage ist dann: Welche Logik steht dahinter?

1. Schuldenkrise und Massenentlassung

Schuldenkrise nicht nur in Jugoslawien
Polen, Mexiko, Brasilien, Argentinien, die Türkei und Algerien sind nur die bekanntesten Beispiele für die internationale Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre. Alle diese Länder hatten in den 70er Jahren Kredite aufgenommen, um eine forcierte Industrialisierung durchzuziehen, mit Geldern, die sich seit Beginn der 70er Jahren auf den sogenannten Eurodollarmärkten angehäuft hatten. Und in all diesen Ländern führten die Schwierigkeiten, die ProletarierInnen nicht nur vom Land zu vertreiben, sondern auch produktiv auszubeuten in die Schulden-

krise, in unterschiedliche Formen von Diktaturen, in IWF-Austeritätsprogramme.

Die in den 60er und 70er Jahren vertretene selbstherrliche Behauptung des Kapitals, die ganze Erde »entwickeln« zu können, kollabierte in den 80er Jahren in der weltweiten Schuldenkrise und entlädt sich in den 90er Jahren in einer nicht abreißenden Kette von Bürgerkriegen, Massakern und Militärinterventionen. Diese Auseinandersetzungen nehmen unter dem Druck von IWF-Auflagen und vor dem Hintergrund einer globalisierten Ökonomie oft die Form von ethnischen Konflikten an. An dieser Form (ethnische und / oder religiöse Kriege) knüpft die Propaganda von Medien und Politikern an; so wird Cohn-Bendit nicht müde, seit Jahren eine »Intervention« in Algerien zu fordern.

Massenentlassungen in Jugoslawien

Der Versuch einer schnellen Industrialisierung kollidierte in Jugoslawien Anfang mit den noch schneller steigenden Ansprüchen der ArbeiterInnen. Vor allem in den Großbetrieben gab es ständig kleinere Streiks. Da die ArbeiterInnen nur schwer zu entlassen waren und sich härtere Arbeit kaum frontal durchsetzen ließ, gingen viele Betriebsleitungen den bequemen Weg und bezahlten die Lohnforderungen der Belegschaften, indem sie Kredite bei den staatlichen Banken aufnahmen und diese nie zurückzahlten. Das trieb natürlich die Staatsverschuldung in die Höhe.

Wie viele andere Länder wurde auch Jugoslawien abhängig vom Internationalen Währungsfond. 1981 bekam es den größten Umschuldungskredit, den der IWF bis dahin vergeben hatte. Dafür mußte ein »Strukturanpassungsprogramm« durchgeführt werden: Lohnkürzungen, Preiserhöhungen und Senkung der Staatsausgaben. Vor allem sollte die Macht der ArbeiterInnen gebrochen werden, indem die überschuldeten Betriebe kurzerhand geschlossen wurden. Gegen diese Reformprogramme – zu deren Planern übrigens auch ein in den USA ausgebildeter Banker namens Slobodan Milošević gehörte – gab es massive Kämpfe. Allein 1987 gab es etwa 4 000 Streiks. Den Höhepunkt erreichten Streiks und Demonstrationen 1988.

Die Eliten der verschiedenen Teilrepubliken reagierten auf die Arbeiterkämpfe mit einer nationalistischen Mobilisierung, indem sie sich als die wahren Vertreter der ArbeiterInnen ihrer jeweiligen Nation darstellten. Sie konnten damit an der in Jugoslawien praktizierten betrieblichen und regionalen Kungelei ansetzen. Die nationalistische Mobilmachung mündete in einen zehnjährigen Dauerkrieg mit Zehntausenden von Toten und Millionen von Flüchtlingen und in die Teilung Jugoslawiens. Im März 1991 hatte es in Belgrad noch Straßenschlachten, im April 1991 die letzte große Streikwelle in Serbien gegeben. Danach herrschte Krieg. Zwar versuchten hunderttausende, die sich nicht an dem Gemetzel beteiligen wollten, zu desertieren oder sich der Einberufung von vornherein zu entziehen, aber seither gab es kaum noch offene Klassenkämpfe.

Der letzten gesamtjugoslawischen Regierung war es 1990 noch gelungen, 900 »unrentable« Betriebe zu schließen und damit eine halbe Million ArbeiterInnen auf die Straße zu setzen. Diese Politik wollte die Regierung Serbiens unter Milošević erklärtermaßen fortsetzen. Die Regierung befand sich aber in einer Zwickmühle: Zwar konnte sie vor dem Klassenkampf in den Krieg flüchten, aber unter den Bedingungen des Krieges waren Massenentlassungen nicht durchsetzbar. Stattdessen wurden über eine Hyperinflation, die 1993 schließlich 116 Trillionen Prozent erreichte, die Reallöhne drastisch gesenkt.

Ein Schockprogramm 1994, bei dem der Dinar 1:1 an die D-Mark gebunden wurde, was den Weg für neue Verhandlungen mit dem IWF ebnen sollte, wurde nach einem halben Jahr wieder fallengelassen. Stattdessen wurde neues Geld gedruckt, um ausstehende Löhne und Renten zu bezahlen, und damit wieder die Inflation angekurbelt.

Zwar wurden 900 000 ArbeiterInnen (von gut 2 Millionen Beschäftigten) in den unbefristeten Zwangsurlaub geschickt (sie wurden auch nie wieder zurückgeholt), aber auch diese ArbeiterInnen erhielten einen Teil ihres Lohns weiter und blieben über die Betriebszugehörigkeit sozialversichert. Dieses garantierte Mindesteinkommen machte es möglich, daß sie sich in der »Schattenwirtschaft« durchschlugen.

Unter dem Druck der NATO, die in Bosnien schon Bombenangriffe flog, beendete die restjugoslawische Regierung 1995 mit ihrer Unterschrift unter den Dayton-Vertrag die Kriegspolitik. Sofort nahmen die Arbeitskämpfe wieder zu. Im Winter 1996/97 gab es in Belgrad nach dem Kommunalwahlsieg der Opposition drei Monate lang Dauerdemonstrationen und gelegentliche Straßenschlachten, bis die Regierung schließlich das Wahlergebnis anerkannte. Aber auch nach dem Ende der Demos ging es weiter mit Streiks, Blockaden, Steuerboykotten usw..

Seitdem hatte die Regierung den sozialen Frieden im wesentlichen durch zwei Dinge aufrechterhalten: erstens durch ein hohes Außenhandelsdefizit, mit dem der Inlandskonsum finanziert wurde. In den Jahren 1995-98 wurde jeweils etwa doppelt so viel importiert wie exportiert. Diese Importe wurden offenbar aus Überweisungen von Gastarbeitern und aus Schwarzgeldkonten des alten jugoslawischen Staates finanziert, es war aber nicht endlos bezahlbar. Zweitens wurde der soziale Frieden dadurch aufrechterhalten , daß die Großbetriebe weiterhin nicht angetastet wurden, obwohl nach Schätzung von Wirtschaftsexperten fast die Hälfte der ArbeiterInnen überflüssig waren, »d.h. ihre Entlassung würde zu keinerlei Einbußen beim Sozialprodukt führen«. Eine Zeitschrift schrieb: Bei den staatlichen Großbetrieben »liegt der Hauptgenerator aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und solange hier nicht Abhilfe geschaffen wird, kann es keine

effiziente Wirtschaftspolitik geben, gleichgültig, wer sie konzipiert und wie sie konzipiert ist.«

Die jugoslawischen ArbeiterInnen richteten sich mit einem sinkenden Lebensstandard ein und bunkerten sich sozusagen in den Überresten des jugoslawischen Sozialstaats ein. Sie widersetzten sich ziemlich verbissen jedem Versuch, etwas am formalen Status quo zu ändern. Für das Kapital sind solche konservativen »Verkrustungen« natürlich ein Problem – ein viel größeres Problem sind sie allerdings für die Arbeiterklasse, weil in ihnen nichts nach vorn Weisendes, nichts den Kapitalismus Sprengendes liegt. Die jugoslawische Fabrikarbeiterklasse hatte sich im Elend eingerichtet und schrie nur auf, wenn die Kapitalisten radikale Schritte androhten.

Das jugoslawische Regime war im Prinzip genauso daran interessiert, diese Situation aufzubrechen, wie das internationale Kapital. Die Situation war auf die Dauer nicht bezahlbar. Die Devisenreserven zur Finanzierung des Handelsdefizits schmolzen dahin, und gleichzeitig verrotteten die Betriebe immer mehr. Die Friedrich-Ebert-Stiftung kam 1997 zu der Einschätzung: »Die komplette Infrastruktur, Dienstleistungen, öffentliche Versorgungsbetriebe, Rohstoffindustrie usw. ... sind riesige Verlustbringer mit weit fortgeschrittener Dekapitalisierung und geringem Restrukturierungspotential«. Diese Betriebe konnte man mit anderen Worten eigentlich nur noch abreißen.

Das jugoslawische Regime hat jetzt einer Vereinbarung über das Kosovo zugestimmt, die es in Rambouillet noch abgelehnt hatte. In der Zwischenzeit sind praktisch alle eben genannten Betriebe von der NATO abgerissen worden, während die jugoslawische Armee weitgehend intakt ist.

Die NATO wollte oder konnte zwar bestimmte politische Grenzen der Kriegführung nicht überschreiten: Es sollten keine eigenen Soldaten sterben, und es sollte so aussehen, als würde die Zivilbevölkerung nicht bombardiert. Trotzdem war der Luftkrieg der NATO ein klassischer Terrorkrieg gegen die Bevölkerung wie der Zweite Weltkrieg, bei dem Betriebe, Infrastruktur, Krankenhäuser usw. ganz logische strategische Ziele waren, um Jugoslawien politisch zu besiegen – da das jugoslawische Militär aus der Luft nicht zu besiegen war.

Das jugoslawische Regime hat dann aber, nachdem die Betriebe zerstört ware und bevor sich die Antikriegsdemos, die Mitte Mai in Zentralserbien aufgeflammt waren, ausweiten konnten, den Waffenstillstand unterschrieben. Jetzt kann es sich sogar als unbeugsame antiimperialistische Kraft präsentieren. Zynischerweise könnte das Regime es mit diesem politischen Drahtseilakt geschafft haben, den Totalabriß der nicht sanierungsfähigen alten Arbeiterbiotope durchzuziehen und gleichzeitig mit sauberen Händen dazustehen, da es die Drecksarbeit der NATO überlassen hat.

2. Angriff auf die Subsistenz

Seit Anfang 1998 läuft im Kosovo ein offener Bürgerkrieg. Wie bei ähnlichen Kriegen von Chiapas über Osttimor bis Kurdistan ist die Lage etwa die: In einem Teil des Staatsgebietes lebt eine ethnische Minderheit, die diskriminiert wird. Gegen diese Diskriminierung entwickelt sich schließlich ein bewaffneter Kampf. Die Guerilla bewegt sich, wie Mao sagte, wie ein Fisch im Wasser, und der Staat versucht ihr das Wasser abzugraben, indem er die Dörfer militärisch angreift und schließlich zerstört. Das war seit Anfang 1998 zunehmend die Situation auch im Kosovo.

In all diesen Kriege ist der Haupteffekt, daß die Dorfbevölkerung proletarisiert wird, d.h. vom Land, wo sie mehr oder weniger in Selbstversorgung gelebt hat, vertrieben wird und als LohnarbeiterInnen in die Städte ziehen muß.

Die offiziellen Statistiken haben das Kosovo als Armenhaus Jugoslawiens dargestellt. Das täuscht: Im Vergleich zu Albanien waren viele Leute im Kosovo eher wohlhabend. Zum einen konnten sie sich von ihrem eigenen Land ernähren, waren also weniger auf Geld angewiesen. Dabei war die Landwirtschaft unter kapitalistischen Gesichtspunkten unproduktiv. Sie war nicht exportorientiert, sondern nach Kosovo wurde in den letzten Jahren sogar Weizen importiert, d.h. die Leute dort aßen mehr, als sie produzierten. Das ist übrigens eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen den Bauen in Kosovo und den ArbeiterInnen in Restjugoslawien. Aus Sicht des Kapitals ist so etwas ein Skandal.

Ein zweiter Grund für den relativen Wohlstand war das Geld, das die nach Westeuropa ausgewanderten ArbeiterInnen in den Kosovo schickten. Drittens lief in den letzten Jahren ein Großteil des Drogenhandels und anderer Schmuggelgeschäfte nach Westeuropa über das Kosovo.

Was zunächst verwirrend wirkt, ist die Tatsache, daß der Westen anders als z.B. in Kurdistan nicht auf der Seite des Staats, sondern auf der Seite der Guerilla interveniert – einer Gruppe, die das US-Außenministerium noch ein paar Monate vorher als »terroristisch« bezeichnet hatte. Aber stimmt das wirklich?

Wiederum sollten wir von den Ergebnissen ausgehen. Die Bevölkerung des Kosovo mußte in sehr kurzer Zeit fliehen und praktisch ihren ganzen Besitz zurücklassen. Ihnen wurden die Ausweise weggenommen, und ein Großteil der Grundbücher sollen vernichtet worden sein. Im Konfliktfall dürfte also die Frage, wem das Land gehört, ungeklärt sein. Außerdem sind viele Häuser zerstört und das Land kaum nutzbar, weil es vermint und vergiftet ist.

Statt den Konflikt runterzukochen und zu deeskalieren (was natürlich seine Ursachen nicht beseitigt hätte) hat die NATO die Sache unglaublich beschleunigt.

Was woanders Jahre dauert, hat im Kosovo in wenigen Wochen stattgefunden. Bei einem jahrelangen Guerillakrieg wären Kosovo und die umliegenden Gebiete auf lange Zeit völlig instabil gewesen. In Albanien hat sich der Staat nach dem Aufstand 1997 praktisch aufgelöst – die bewaffnete, patriarchale Selbstbestimmung der Clans aus Nordalbanien und Kosovo stellt für den Westen ein viel größeres Problem dar als der Anti-Terror-Krieg der Serben.

Ab dem 24. März hat der Westen die Situation eskaliert, um sie wieder unter Kontrolle zu kriegen. Unter dem Schirm der NATO-Angriffe und abgeschirmt von Presse und Fernsehen konnten die Mörderbanden des jugoslawischen Staats ganze Arbeit machen. Die üblichen »humanitären« Fragen, warum denn »der Westen nichts dagegen tut«, hatten sich durch die Bombenangriffe erledigt.

Die NATO-Planer und die sogenannten Hilfsorganisationen sagen offen, daß sie die Leute nur ganz langsam und kontrolliert wieder ins Kosovo zurücklassen wollen. Da es dann im Winter angeblich keine anderen Überlebensmöglichkeiten geben wird, sollen sie auch im Kosovo auf Jahre unter Bedingungen wie in den mazedonischen und albanischen Lagern leben: Abhängig von ausländischer Nahrungsmittelhilfe hinter Stacheldraht unter NATO- und EU-Protektorat.

Ob sich die selbstbestimmt bewaffneten Machos dann aber entweder entwaffnen oder in eine NATO-gesteuerte Polizeitruppe umwandeln lassen, sieht im Moment noch ziemlich offen aus.

3. Migrationspolitik

Eng zusammen mit der Umkrempelung der Sozialstruktur des Kosovo hängt die Frage der Migrationspolitik. Die Sozialplaner in den westeuropäischen Metropolen gehen davon aus, daß auch in den nächsten Jahrzehnten eine beträchtliche Zuwanderung nötig ist, um die Altersstruktur der Bevölkerung, d.h. das Verhältnis von Arbeitenden und Nichtarbeitenden stabil zu halten. Gleichzeitig unternehmen sie riesige Anstrengungen, um diese Zuwanderung zu selektieren und zu kontrollieren. Heute ist es kaum noch möglich, legal in die EU einzuwandern und einen mit der einheimischen Bevölkerung vergleichbaren Rechtsstatus zu bekommen. Stattdessen werden die EinwandererInnen in einem dauerhaft prekären und halblegalen Zustand gehalten. Das wird mit einem riesigen Behörden- und Polizeiapparat durchgesetzt. Treibende Kraft und bürokratischer Vorreiter ist dabei Deutschland. Der BGS ist inzwischen auf dem ganzen Balkan präsent.

Der Krieg gegen Jugoslawien hat dazu geführt, daß auf dem ganzen Balkan NATO-Truppen stationiert sind. Die größte Truppenkonzentration im Kosovo gibt es in Albanien. Albanien hat sich in den letzten Jahren zur Drehscheibe der internationalen Flucht- und Migrationsbewegungen nach Westeuropa entwickelt. Um sicherzustellen, daß die Migrationsprozesse nicht aus dem Ruder laufen, ist die Militarisierung der gesamten Balkan- Region und besonders der anarchisch-

sten Teile die logische Zuspitzung der herrschenden Migrationspolitik. Spätestens nach den Erfahrungen mit den Flüchtlingen aus Bosnien wird in den Think tanks der EU an neuen Konzepten gearbeitet. Die Erfahrungen dieser Flüchtlinge sind für die Menschen im Kosovo sicher die realistischere Perspektive als die warmen Worte der Menschenrechtsimperialisten: 750 000 BosnierInnen leben auch nach ihrer »Rückkehr« in Flüchtlingslagern.

In unterschiedlichen Gremien und auf diversen Konferenzen ist in den letzten Jahren EU-weit an einer neuen Migrationspolitik gestrickt worden. Die »Balkanroute« spielte dabei eine zentrale Rolle. Seit Januar 1999 hatte eine Arbeitsgruppe der EU an einem Aktionsplan für Flüchtlinge aus dem Kosovo und Albanien gearbeitet. ED-Behandlung in den Lagern, Personendatenaustausch zwischen Albanien und dem Kosovo gehörten zur Ausformulierung dieser Lagerpolitik. Zusammengefaßt sollen die Maßnahmen die Ausreise aus der Lagerregion verhindern, die Einreise nach Westeuropa weiter erschweren und auf eine durchorganisierte polizeiliche Fahndung entlang der Transitstaaten hinauslaufen.

Der große Zusammenhang

Der Krieg gegen Jugoslawien wurde pünktlich zur Verkündung der neuen NATO-Strategie begonnen. Diese sieht ganz offen vor, überall einzugreifen, wo »Demokratie«, »Marktwirtschaft« und »Reformen« nicht zum Zuge kommen. Die Begriffe lassen sich unschwer entschlüsseln: Gemeint ist, daß die NATO jederzeit und überall eingreifen soll, wo der Verwertungsprozeß bedroht ist oder stockt.

Regimes wie das jugoslawische, die sich als unfähig erweisen, die kapitalistische Umstrukturierung gegen die ArbeiterInnen durchzusetzen, werden militärisch gefügig gemacht. Gleichzeitig können solche Regimes die Konfrontation mit der NATO nutzen, um den Angriff auf die Arbeiterklasse politisch zu überleben.

Wo Leute sich ihr Überleben unabhängig vom Staat organisieren – auch wenn das in patriarchalischen Clans geschieht wie im Kosovo –, wird der Konflikt mit der Staatsmacht als Vorwand genommen, um auf dem Rücken der schwächsten Mitglieder dieser Gemeinschaften die vielbeschworene humanitäre Katastrophe zu organisieren und die Leute in Flüchtlingslager unter der Kontrolle des Militärs und der »Hilfsorganisationen« zu sperren.

Wo Menschen Staatsgrenzen mißachten und auf eigene Faust hin- und herwandern, wird durch die militärische Besetzung halber Kontinente die staatliche Kontrolle über die Arbeitskraft wiederhergestellt. Daran wird deutlich, daß der Krieg jetzt gegen Jugoslawien ging, gleichzeitig aber potentiell gegen andere Länder und Regionen. Die Bombardierung der Fabriken war ein klares Zeichen an alle ArbeiterInnen Osteuropas, v.a. Rußlands, und darüber hinaus.

START in die schöne, neue Arbeitswelt

Wie Gewerkschaften und Sozialdemokratie der Leiharbeit zum Durchbruch verhelfen wollen

»Sozialverträgliche« Leiharbeitsfirmen sind keine Warteschleifen mehr, wo schwer vermittelbare arbeitslos gewordene Stahlarbeiter die fehlenden Jahre bis zur Rente rumbringen und alte Industrieanlagen abtragen. Gerade die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Vermittlung dient dazu, sie in Bereichen einzusetzen, wo hohe Produktivität und Zuverlässigkeit gefordert sind: der Automobil-Endmontage – allerdings ohne die bislang dort üblichen Löhne.

Fast 800 Leiharbeiter standen im Sommer 1998 an den Bändern der Kölner Autofabrik von Ford, wurden flexibel hin- und hergeschickt und an den Bandabschnitten mit den belastendsten Arbeiten eingesetzt. Als Ford Ende 1998 in Absatzschwierigkeiten geriet und die Arbeiter für mehrere Wochen in Kurzarbeit geschickt wurden, konnte der Konzern die flexible Personalreserve der Leiharbeiter problemlos wieder wegschicken – ohne Abfindung, ohne innerbetriebliche Unruhe, ohne störende Aufgeregtheiten seitens der Gewerkschaft oder des Betriebsrats, ohne spontane Arbeitsniederlegungen für die Festeinstellung von befristet eingestellten Arbeitern, wie es sie Ende 98 und im März 99 bei Opel in Bochum oder im April/Mai 99 bei VW in Emden gegeben hatte.

Diese Personalflexibilisierung, von der andere Automobil-Unternehmer nur träumen können, war durch eine Leiharbeit der ganz besonderen Art möglich geworden: »Sozialverträgliche« Arbeitnehmerüberlassung!

Hinweise auf dieses »neue« Modell der Verleihfirma START fehlen in keiner sozialdemokratischen Veröffentlichung, die propagiert, endlich die Gegebenheiten auf den neuen Arbeitsmärkten zu akzeptieren und die darin liegenden Chancen zu nutzen.

Laut dem früheren Kanzleramtsminister Hombach ist diese Firma ein Zukunftsmodell für die neuen Arbeitsverhältnisse, mit denen den Unternehmen aus den Reihen der Arbeitslosen eine höchst flexible und mobile, weder durch vertragliche Bindungen an das Unternehmen noch durch Sozialleistungen abgesicherte Arbeitskraft zugeführt wird.

START wurde nach holländischen Muster gegründet, wo es solche Modelle seit 1978 gibt, und nach einer Pilotphase 1991-1994 unter holländischer Führung, in NRW 1995 als deutsches Unternehmen weitergeführt. Gründungsgesell-

schafter waren u. a. das Land NRW, der Landes-DGB, sowie Arbeitgeber- und Handwerksverbände. Das Aufgabengebiet wird folgendermaßen definiert: START Zeitarbeit NRW betreibt sozialverträgliche Arbeitnehmerüberlassung mit dem Ziel, Arbeitslose in reguläre Arbeitsverhältnisse im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Angebot richtet sich insbesondere an schwervermittelbare und Langzeitarbeitslose. 1995 und 1996 gab es eine Anschubfinanzierung von Bund und Land von insgesamt 17 Mio. DM.

Schon 1997 gab es einen völligen Umbruch. Während man außen hin die schöne Fassade der sozialen Institution aufrecht erhielt, wurde die Firma völlig umgekrempelt und neu ausgerichtet. Die neue Devise »Orientierung am wirtschaftlichen Ergebnis« betraf auch die ArbeitsvermittlerInnen in den 30 START-Büros selbst: statt Grundgehalt nebst einer Reihe von Zulagen erhalten sie nun eine »leistungsorientierte Entlohnung« nach einem Prämiensystem, das sich an Umsatzrendite und (als Feigenblatt) an der Vermittlungsquote orientiert. Dies wurde zwischen ÖTV und START in einem Entgelttarifvertrag für die Stamm-Mitarbeiter ausgehandelt.

Auch für die LeiharbeiterInnen haben sich im neuen, ebenfalls wieder mit der ÖTV ausgehandelten, Tarifvertrag die Bedingungen verschlechtert: es gibt jetzt sechsmonatige Einstiegslöhne, die Überstundenzuschläge wurden abgeschafft durch die Einführung von Freischichtkonten, die Bezahlung in der verleihfreien Zeit wurde auf eine niedrigere Grundvergütung gesenkt. Der Anteil der sogenannten schwer Vermittelbaren, (Langzeitarbeitslose, Frauen und Behinderte) an der Ausleihbelegschaft wurde stark reduziert. Für deren Förderung hatte START bis dahin von verschiedenen Stellen Zuschüsse in Anspruch genommen. Qualifizierungsmaßnahmen, die anfangs ein wichtiger Bestandteil der definierten Ziele waren, werden nur noch selten angeboten, bzw. man läßt die verleihfreie Zeit durch die Abschiebung in Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes fremdfinanzieren.

Gleichzeitig nutzt die Firma in vollem Ausmaß die neuesten Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Seit dem 1.4.1997 hat sich die ununterbrochene Überlassungsdauer an einen Entleihbetrieb von neun auf zwölf Monate erhöht. Leiharbeitsfirmen dürfen nicht nur befristet einstellen, sondern sogar zulässig, sondern das neue AÜG läßt nun auch wiederholte Befristungen zu. Das »Synchronisationsverbot« ist aufgehoben, d.h. das Arbeitsverhältnis mit der Leiharbeitsfirma kann an die Dauer des ersten Einsatzes im Entleihbetrieb gekoppelt werden. Gekündigte Arbeiter können jetzt ohne Beachtung der dreimonatigen Einstellsperre wieder neu eingestellt werden.

Laut ÖTV-Tarifvertrag für die LeiharbeiterInnen richtet sich die Entlohnung nach dem im Entleihbetrieb gültigen Tarif. Dies soll verhindern, daß Entleihbe-

triebe Druck auf die eigene Belegschaft ausüben können. De facto fand aber genau das bei Ford statt, indem der blanke IGM-Tariflohn ohne weitere Zulagen bezahlt wurde und START alle LeiharbeiterInnen (ausschließlich Facharbeiter) unabhängig von Qualifikation und Tätigkeit als »Helfer« einstufte.

Insgesamt führten diese Maßnahmen schon im selben Jahr zu einem deutlichen finanziellen Überschuß bei START. Die Firma unterschied sich hinter ihrem Deckmäntelchen nur noch durch ihre besonderen Beziehungen zu öffentlichen Stellen und zum Arbeitsamt von jeder beliebigen Leiharbeitsfirma. Die »sozialverträgliche« Leiharbeit verwandelte sich ganz schnell in eine gewöhnliche Maßnahme des Arbeitszwangs mit den üblichen Drohungen und Erpressungen und in Leihfirmen üblichen schmutzigen Tricks, fristlosen Kündigungen und Arbeitsgerichtsverfahren.

Zentrales Moment des Einsatzes bei Ford Köln, dem bei weitem größten Einzelkunden von START, war die Reduzierung der Arbeitskosten für die Firma, die Erpressung der eigenen Belegschaft, die Einführung prekärer Verhältnisse in eine Automobilfabrik sowie eine kurzfristige Flexibilisierung von Arbeitskraft, wie sie bis dahin nicht denkbar war.

Einmal mehr wird mit schamloser Verlogenheit versucht, eine Intensivierung von Ausbeutung und Arbeitszwang als ihr Gegenteil, nämlich als soziale Maßnahme darzustellen. Aber vielleicht entspringt der Begriff »sozialverträglich« auch einfach nur dem Wunsch der Ausbeuter, daß die Gesellschaft alle Niederträchtigkeiten, die sie erfinden, ertragen möge.

Hier nun eine Zusammenfassung konkreter Erfahrungen bei: START Zeitarbeit NRW GmbH, Niederlassung Köln.

START unterhält direkt neben dem Arbeitsamt in Köln ein Büro. Dorthin werden vom Arbeitsamt vorwiegend jugendliche Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung geschickt. Viele von ihnen haben noch keinen oder nur einen minimalen Anspruch auf Arbeitslosengeld/-hilfe. Oft kommen sie aus überbetrieblichen öffentlich geförderten Ausbildungen. Der Facharbeiterstatus gleichgültig welcher Art ist Voraussetzung für einen Einsatz bei START.

Man meldet sich bei START an, und innerhalb der nächsten drei Monate meldet sich die Firma mit der Aufforderung, zum Vertragsabschluß ins Büro zu kommen. Wenn bis dahin nichts passiert, kann man sich als abgelehnt betrachten. In Köln schickt START ausschließlich Arbeiter bei Ford.

Der Arbeitsvertrag

Im Vertrag werden alle, unabhängig von ihrer Qualifikation, als »Montagehelfer« eingestellt. Die Arbeitsverträge sind in der Regel auf ein Jahr befristet.

Jeder wird darauf hingewiesen, daß dieser Einsatz die große Chance für ihn ist, denn Ford würde die Leute, die eine gute Leistung zeigen, mit Festvertrag übernehmen. Im mit der ÖTV abgeschlossenen Firmen-Tarifvertrag sind sechs Monate Probezeit festgelegt, Überstunden werden generell nicht bezahlt, sondern mit Freizeit abgegolten. Wie das in der Praxis abläuft weiter unten. Die Bezahlung richtet sich angeblich nach den im Betrieb des Entleihers gültigen Vorschriften. Frühestens nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit beträgt der Urlaub 26 - 28 Tage, Urlaubsgeld gibt es einheitlich 600 DM.

Der Lohn richtet sich laut Vertrag nach dem in der Entleih-Firma gültigen Tarifvertrag. Im Arbeitsvertrag wird ein Lohn von 16.57 DM als Eingangslohn festgesetzt, der sich nach dem 7. Monat auf 18.05 DM steigert. Für die Dauer der Beschäftigung bei Ford (aber nicht in der sogenannten »verleihfreien« Zeit) wird eine zusätzliche »Anwesenheitsprämie« bezahlt, mit der der Stundenlohn dann jeweils ca. 20.75 DM erreicht. Ford-Arbeiter erhalten für vergleichbare Tätigkeiten zwischen 6 und 10 DM mehr.

Der Einsatz bei Ford

START unterhält in der Y-Halle bei Ford ein Büro. Dort muß man sich jeden Morgen vor Arbeitsbeginn melden, solange man noch keinen Dauereinsatz in einem bestimmten Bereich hat. Vier Personaldisponenten/innen, einer davon Mitglied des ÖTV-Betriebsrats und »Ansprechpartner« der Belegschaft, teilen hier die Leute je nach Anforderung der Ford-Abteilungen zur Arbeit ein. Geäußerte Wünsche werden hier insofern berücksichtigt, als sie dazu führen, daß man genau dahin geschickt wird, wohin man nicht möchte. O-Ton Personaldisponent: »Seit wann bestimmen Sie, wo Sie arbeiten?« Qualifikation, frühere Tätigkeit u. ä. interessieren nicht. Es wird den START-Arbeitern nachdrücklich vermittelt, daß sie nur Material sind. Wenn in einer Abteilung morgens jemand fehlt, wird ein Arbeiter von START angefordert. START ist verpflichtet eine gewisse Zahl von Reserve-Leuten bereit zu halten. Wenn ein START-Leiharbeiter aus irgendeinem Grund (Termine, Urlaub, Krankheit o. Ä.) nicht zur Arbeit kommt, verliert er normalerweise seinen »festen« Platz sofort und wird durch einen anderen ersetzt. Wenn er wieder kommt, wird er anderswo eingesetzt oder ist wieder »Springer«, d.h. er muß beim START-Büro auf einen Abruf warten. Kann er einen Tag mal bei Ford nicht produktiv untergebracht werden, wird er nach Hause geschickt. In der Regel legt der Personaldisponent dann den Leuten ein Antragsformular für eine Freischicht zur Unterschrift vor. Meistens unterschreiben die Arbeiter, um finanzielle Einbußen zu vermeiden: jede »verleihfreie« Stunde würde ca. 4 DM oder 20 Prozent Lohnverlust ergeben. So kommt START darum herum, nicht produktive Zeiten bezahlen zu müssen. Als bei Ford

die Produktion heruntergefahren wurde, sammelte sich so auf manchen Freischichtkonten ein Minus von über 100 Stunden, die später als unbezahlte Überstunden erbracht werden mußten. Umgekehrt gibt es größte Schwierigkeiten, wenn jemand eine Freischicht nehmen will, aber nicht genügend vorgeleistete Stunden auf dem Freischichtkonto hat.

Ford hatte früher einen gewissen Anteil seiner Belegschaft mit Zeitverträgen beschäftigt und nach Ford-Tarifen bezahlt. Diese Arbeitsplätze nehmen nun START-Leiharbeiter ein. Es gibt keine Probleme mehr mit Urlaubs- und Krankheitstagen, innerbetrieblichen Rechten bei Umsetzungen in andere Abteilungen o. ä.. Wenn ein START-Arbeiter aus irgendeinem Grund fehlt, steht innerhalb von einer Stunde der nächste da.

Im Sommer 1998, als während der Betriebsferien 80 Prozent der Ford-Arbeiter in Urlaub waren, steigerte START seine Belegschaft bei Ford auf über 700 Arbeiter. Über Anzeigen wurden noch mehr Leute gesucht. Ab den Weihnachtsferien desselben Jahres, als Ford wegen saisonalen und allgemeinen Umsatzeinbrüchen ganze Wochenschichten ausfallen ließ und für das folgende Jahr Kurzarbeitswochen ansetzte, wurden bei START alle, die noch in der Probezeit waren, gekündigt, und die anderen gezwungen, ihren Urlaub oder Freischichten zu nehmen. Auf diese Weise fuhr START seine Belegschaft innerhalb von zwei Monaten auf unter 200 Personen herunter, deren Zahl kontinuierlich abnahm, da die Einjahresverträge nach und nach ausliefen. Einem Teil der Leute wurden Arbeitsplätze im Hauptersatzteillager angeboten, allerdings unter Abänderung der Vertragsbedingungen: der Stundenlohn sollte dort nur noch etwa 18,50 DM betragen, also kaum mehr, als START für die verleihfreie Zeit bezahlen muß. Selbst in dieser Situation redeten die START-Fuzzis noch von der »Chance der Übernahme« und von der Möglichkeit, den Gabelstaplerführerschein zu machen. Ca. 50 Leute wurden im Ersatzteillager untergebracht. Um die 130 START-Arbeiter werden derzeit (März 99) nicht produktiv beschäftigt; sie müssen sich telefonisch jeden Morgen nach 8 Uhr melden und sich arbeitsbereit zeigen. Wenn Ford ein neues Modell des Fiesta herausgebracht hat, können sie über START in kürzester Zeit die Belegschaft wieder auf jede benötigte Kopfzahl herauffahren.

Die START-Arbeiter

sind vorwiegend junge Leute zwischen 20 und 30 Jahren. Für viele ist es nach der Ausbildung, nach Förderungsmaßnahmen und manchmal einer kurzen Beschäftigung, Bundeswehr oder Zivildienst der erste Job, den ihnen das Arbeitsamt vermittelt. Viele sind in Deutschland geborene Kinder von Einwanderern aus der Türkei mit deutschem oder türkischem Paß. Man hat ihnen erzählt, sie sollten unbedingt eine Ausbildung machen, sonst wären sie chancenlos. Nun haben sie eine gemacht, oft in überbetrieblichen Fördermaßnahmen, und sind genauso »chancenlos« wie vorher. Sie träumen davon, sich eine eigene Woh-

nung, ein Auto und einen normalen Lebensunterhalt leisten zu können, mit der Freundin zusammenzuziehen, finanziell unabhängig zu sein usw..

Man erzählt ihnen schon beim Arbeitsamt und bei START immer wieder, das wäre ihre Chance, Ford würde – wie schon in der Vergangenheit – einen großen Teil der START-Leute, die einen guten Eindruck machen, übernehmen. Tatsächlich fanden Übernahmen nur in ganz wenigen Fällen mit Hilfe von persönlichen Beziehungen statt. Zu einer bestimmten Zeit wurden Gerüchte gestreut, es würden 50 Leute übernommen. Bei Nachforschungen handelte es sich um Übernahmen bei START (!) ins unbefristete Arbeitsverhältnis nach Ablauf eines Jahres. Nach dem Gesetz darf aber der Einsatz beim selben Entleihbetrieb maximal zwölf Monate dauern und ein Leiharbeiter erst nach dreimonatiger Unterbrechung wieder beschäftigt werden. Deshalb übernahm START einige Arbeiter, die Ford-Vorgesetzte unbedingt wiederhaben wollten. In den drei Monaten bis zum erneuten Einsatz wird der Betreffende von START mit dem Grundlohn bezahlt. Es gab auch schon Einsätze am Flughafen. Häufig wurden die Betreffenden in diesem Zeitraum in einer »Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme« des Arbeitsamts untergebracht, während der sie Unterhaltsgeld erhalten.

Die Hoffnung auf Übernahme bei Ford war unter den START-Arbeitern weit verbreitet. Entsprechend groß war auch die Bereitschaft, alles auszuhalten, was ihnen zugemutet wird, und ständig sehr hohe Leistungen zu bringen. Der Ford-Vorgesetzte beurteilt wöchentlich die Leiharbeiter. Diese Beurteilungen waren i. a. sehr gut, wie der START-Niederlassungsleiter verkündete. In den Betriebsferien, als viele Ford-Stammarbeiter und START-Arbeiter ersetzt wurden, stieg nach seiner Aussage die Produktion pro Mann um 40 Prozent.

Umorganisation der Bandarbeit mit Hilfe von START

Ford nutzte die zweite Jahreshälfte 1998, als besonders viele START-Arbeiter im Einsatz waren, zu einer Reorganisierung der Bandarbeit. Dabei wurden vielen Arbeitsplätzen zusätzliche Arbeitsaufgaben zugeschlagen, die nicht zum eigentlichen Arbeitsgang gehörten. Die Ford-Arbeiter reagierten mit einem stark erhöhten Krankenstand von bis zu über 20 Prozent, offiziell hieß es »Grippewelle«. Die Arbeiter am Band und auch ihre Vorarbeiter führten dies zurück auf die Unzufriedenheit mit diesen Maßnahmen, der dauernden Bespitzelung durch Zeitnehmer und den Zorn auf neue Regelungen im Freischicht- und Lohnbereich (72 obligatorische Freischichtstunden für 1998 und Verzicht auf tarifliche Lohnerhöhung). In dieser Situation sprangen neu eingestellte START-Arbeiter ein und garantierten die unverminderte Produktion. Für sie selbst blieb ihr Einsatz ergebnislos: Als der Umsatz einbrach, beantragte Ford Kurzarbeit und kündigte den Vertrag mit START bis auf weiteres. Fast alle START-Arbeiter flogen raus. Bei der

Arbeitssuche stellte sich ihr Einsatz als Montagehelfer für viele als zusätzliches Manko heraus. Sie hatten nicht als Facharbeiter und nicht in ihrem Beruf gearbeitet. Dadurch sind sie für die Vermittlung von Hilfsarbeiterjobs verfügbar (wie es SGB III inzwischen generell ermöglich) und haben wegen fehlender Berufserfahrung auch weniger Chancen, einen Arbeitsplatz in ihrem Beruf zu finden.

Arbeitsdruck

Am schlimmsten für die START-Arbeiter war aber nicht der hohe Arbeitsdruck, sondern die Drohung, bei der geringsten Abwesenheit sofort das soziale Umfeld, die endlich entwickelte Kommunikation mit den Kollegen von Ford zu verlieren. Die Beziehungen zwischen Ford- und START-Arbeitern waren insgesamt gut, vor allem am Band – Bandarbeit ist eben einfach ein galeerenartiges Erlebnis, das zusammenschweißt, und hat einen besonderen, egalisierenden Charakter. Trotzdem bist du an einem neuen Platz erstmal eine Null, ein Niemand, den keiner kennt. Deshalb war die Drohung mit Versetzung besonders wirksam bei der Disziplinierung der START-Arbeiter (neben der Hoffnung auf Übernahme). Arbeitern, die länger krank waren, wurde mit Entlassung gedroht. Es kam auch immer wieder vor, daß START Kündigungen während laufender Krankschreibung aussprach und die Unerfahrenheit der jungen Arbeiter auszunutzen versuchte. Diejenigen, die sich in der sechsmonatigen Probezeit befanden, wurden ohne Begründung entlassen. Es entstand der Eindruck, daß das bei denen besonders schnell ging, die auf arbeitsbedingte Krankheiten verwiesen, wie Bandscheibenvorfall, Sehnen- und Gelenkentzündungen, Rückenschmerzen, Ischias. In den Gesprächen unter den Arbeitern hieß es immer wieder: »Ich kann nicht schon wieder krank machen, sonst werde ich entlassen.« Es gab natürlich auch Versetzungen auf besonders miese Arbeitsplätze. Die Personaldisponenten hatten einen sehr genauen Überblick darüber, welche Arbeitsplätze am unbeliebtesten waren. (Das verfing aber nicht immer, denn wie gesagt war für viele START-Arbeiter die Arbeits-, Schmutz- und Lärmbelastung nicht ausschlaggebend für den Wunsch nach einem bestimmten Arbeitsplatz, sondern die dortige soziale Integration und Kommunikation.)

Da wegen des Umsatzeinbruchs bei Ford vorerst alle START-Arbeiter rausgeflogen sind, steht die Erfahrung noch aus, ob ein gemeinsames Handeln von Ford-Arbeitern und START-Arbeitern gegen Ford möglich ist.

Die Grenzen der Erträglichkeit sind in dieser »sozialverträglichen« Leiharbeitsfirma für alle Kollegen überschritten worden, aber mit Lügen und Versprechungen bei ständiger Fluktuation gelingt es der Firma immer noch, neue Leute zu verarschen, die ihnen vom Arbeitsamt zugespielt werden. Für viele geht es auch ganz banal darum, ein Jahr zu arbeiten, um überhaupt mal Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu bekommen.

D., Köln, März 99

Wie Arbeitsamt und Gewerkschaften den Niedriglohnsektor »Leiharbeit« hoffähig machen

Die Firma START, die »sozialverträgliche Arbeitnehmerüberlassung« betreibt, greift nicht nur massiv in die konkreten Ausbeutungs- und Kampfbedingungen der gesamten Klasse ein, wie wir es am Beispiel Ford gesehen haben. Sie wirkt auch daran mit, daß Leiharbeit insgesamt ihr »Schmuddelimage« verliert.
Die Arbeitsämter stehen seit einigen Jahren ebenfalls an dieser Front:
– sie veranstalten regelmäßig sogenannte »Zeitarbeitsbörsen«, auf denen Sklavenhändler in den Räumen des Arbeitsamtes für ihre Drecksjobs werben und rekrutieren dürfen;
– in den Computern ihres Stelleninformationsservice sind im ungelernten Bereich (sog. Helferstellen) mindestens zur Hälfte Angebote von Leihfirmen, die frisches Blut für ihre Karteien suchen;
– sie gehen inzwischen verstärkt dazu über, selber an Sklavenhändler zu vermitteln. Das war noch bis Mitte der 90er Jahre umstritten, was sich auch in den Urteilen verschiedener Arbeitsgerichte niederschlug.

Oft kommt es bei solchen Vermittlungen inzwischen zu einer direkten Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Leiharbeitsfirma: Die Firma bietet dem »Bewerber« eine Stelle an; falls der sich nicht willig zeigt, informiert der Sklavenhändler sofort das Arbeitsamt, das dann dem Arbeitslosen wiederum eine Sperrzeit reindrückt. (siehe auch das Flugi zu McDonalds).

Auch die Gewerkschaften verlieren langsam aber sicher ihre offiziell gepflegten Vorbehalte gegen Zeitarbeit. Wurde noch in den 80er Jahren die DAG dafür verteufelt, daß sie tarifverträge mit solchen »Seelenverkäufern« abschloß, gilt auch beim DGB Leiharbeit inzwischen als »geeignetes Mittel der Beschäftigungspolitik«.

Was das konkret bedeutet, demonstriert der am 21. Juni 1999 abgeschlossene Tarifvertrag zwischen einigen Gewerkschaften und der Firma Adecco, einem der größten Sklavenhändler in der BRD. Der Vertrag regelt (auf Gewerkschaftsseite unter Federführung der IG Metall) die Beschäftigung von ca 7 000 ArbeiterInnen auf der Expo 2000 in Hannover.

Noch in der Juni-Ausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift *metall* hatte die IGM gegen das »Billiglohndiktat« der Expo-Gesellschaft gewettert, die für den Tarifvertrag Löhne zwischen 13.00 und 19.50 DM vorgeschlagen hatte. Ein paar Wochen später verkündeten die Gewerkschaften anläßlich des Vertragabschlusses feierlich ihre Öffnung »gegenüber einer Branche, der sie bisher eher reserviert gegenüber standen« (Presseerklärung des IGM Bezirks Hannover, 21.6.99).

»Die Vereinbarung zeige, daß es auch in einem relativ schwierigen Bereich möglich sei, mit dem Instrument Tarifvertrag soziale Mindeststandards zu erreichen ... wie die bevorzugte Berücksichtigung von Langzeitarbeitslosen, den Vorrang für sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ... die vereinbarte Interessenvertretung ... der Qualifizierungsanspruch«, der »gerade im Bereich von einfachen Tätigkeiten eine Besonderheit« sei. Der Adecco-Geschäftsführer sekundiert in derselben Pressemitteilung: »Für die Akzeptanz und größere Verbreitung der Zeitarbeit in Deutschland wird dieser Vertrag einen wichtigen Beitrag leisten. ... Wenn es gelänge, bei aller Regelung genügend Raum für die zeitarbeitstyptische Flexibilität und Mobilität zu bewahren, könne dies richtungsweisend für die Zukunft werden. Die Zeitarbeit repräsentiere bereits heute jene Form von Arbeit, die wir in Zukunft als Normalarbeitsverhältnisse erleben werden«.
Die Gewerkschaft klopft sich für die »erkämpften« tariflichen Mindestnormen – mit denen Adecco gut leben kann – mächtig auf die Schulter:

- der Tarifvertrag ermöglicht sozialversicherungspflichtige Teil- und Vollzeitarbeitsverhältnisse sowie 630 DM-Jobs (auch ausschließlich für Wochenendarbeit);
- die Arbeitsverträge sind grundsätzlich befristet (auf maximal sechs Monate);
- Urlaub und Tage zur Abgeltung von Überstunden sollen im letzten Monat genommen werden; in dieser Zeit »können keine Lohnfortzahlungs- oder sonstige Entgeltfortzahlungsansprüche entstehen«;
- in der Probezeit (drei Monate) können die Arbeiter mit einer Frist von zwei Wochen rausgeschmissen werden;
- die Wochenarbeitszeit beträgt 35 Stunden, die ersten fünf Überstunden sind zuschlagsfrei, es gibt Arbeitszeitkonten ohne Begrenzung nach oben, die Überstunden werden durch freie Tage abgegolten;
- alle sieben Wochentage gelten als Regelarbeitstage; die Arbeitszeit wird auf maximal fünf Tage pro Woche verteilt, für Überstunden und Nachtarbeit gibt es Zuschläge zwischen 25 und 35 Prozent;
- die Schichtpläne werden spätestens bei Schichtende für den übernächsten Tag im voraus bekanntgegeben
- die Stundenlöhne liegen in den ersten drei Monaten für die allermeisten Beschäftigen (Küchenhilfen, Tischabräumer, Kaffeekocher, Kassierer) zwischen 13.50 bis 16.00 DM, nach drei Monaten eine Mark mehr.
- alle Beschäftigten sollen am Schluß ein »Expo-Testat« bekommen – damit ist dem Qualifizierungsanspruch der Gewerkschaften Genüge getan.

Abgerundet wird das Ganze dadurch, daß die Gewerkschaften einige Vertreter auf das Expo-Gelände schicken dürfen, da in der kurzen Vertragszeit laut Betriebsverfassungsgesetz kein Betriebsrat gewählt werden kann. Die Gewerkschaftsvertreter werden sicherlich *nach beiden Seiten* dafür sorgen, daß der Vertrag eingehalten wird.

Das folgende Flugblatt haben wir im Juni am Arbeitsamt in Köln verteilt, nachdem wir mitgekriegt hatten, was zwischen McDonalds und dem Arbeitsamt gespielt wird. Beim Verteilen trafen wir Leute, die schon zum McJob geschickt worden waren. Fast allen, die sich vorgestellt haben, war von den McDonalds-Typen auch ein Job angeboten worden – egal wie sie aussahen, wie uninteressiert sie sich zeigten, welche Hindernisse sie aufzählten. Wer, überrunpelt von dem überraschenden Job-Angebot, »nein« sagte, bekam von dem McDonalds-Typen (!) zu hören, daß dann eine Sperrzeit beim Arbeitsamt fällig wäre. Von einem »Bewerber« verlangte der McDonalds-Typ, daß er sich seinen Bart abschneiden müsse, sonst bekäme er den Job nicht und stattdessen eine Sperrzeit... Es ist offensichtlich, welches dreckige Spiel Arbeitsverwaltung und der Hamburger-Konzern gemeinsam treiben: über das Angebot einer Stelle (ob ernst gemeint oder nicht) werden Leute aus dem Bezug von Arbeitslosenunterstützung rausgekickt. Auf ähnliche Weise arbeiten immer mehr Arbeitsämter mit Leiharbeitsfirmen zusammen, um Leute gefügig zu machen.

Arbeitsamt Köln liefert McDonalds billige Lohnsklaven

- Mit Androhung von Sperrzeiten werden Arbeitslose zur Drecksarbeit bei McDonalds für 11,10 brutto gezwungen!
- Die McDonalds-Chefs setzen Arbeitslose im Arbeitsamt unter Druck!
- Das ist die »schöne neue Arbeitswelt« von Arbeitsamtsdirektor Fuß!

McDonalds in Köln braucht dringend Arbeitskräfte, um **Ende Juni** eine neue Filiale auf der Amsterdamer Straße eröffnen zu können. Sie haben Probleme, die benötigten 60 Leute schnell genug zu finden. Kein Wunder. Denn die Arbeitsbedingungen sind vom Feinsten: **Schichtarbeit**, Plackerei in der heißen **Küche** oder beim **Spülen**, Arbeitsstreß, **Antreiberei** durch die Vorarbeiter – und trotzdem immer »recht freundlich« zu den Kunden. Nach dem McDonalds- **Rotationsmodell** können sie außerdem beliebig zwischen den Filialen hin- und hergeschickt werden, oder von einem auf den anderen Tag in eine andere Schicht versetzt werden. Und das alles für den lächerlichen Stundenlohn von **11,10 DM brutto**.
Um für diese Arbeit genug Leute zu finden, arbeitet **McDonalds** mit dem Arbeitsamt zusammen. Die McDonalds-Chefs dürfen **im Arbeitsamt** und im Beisein des **Arbeitsvermittlers** Arbeitslose unter Druck setzen. **McDonalds-Chefs** wie Herr Cleve schildern Dir in leuchtenden Farben die Vorteile eines Jobs bei McDonalds. Und wenn Du zögerst, drohen sie offen mit der möglichen **Sperrzeit**:
»Sie wissen ja, was passiert, wenn sie auf dieses Angebot nicht eingehen ...«
Der **Arbeitsvermittler** sitzt die ganze Zeit dabei und beobachtet Dich. Wenn Du Dich nicht genügend arbeitswillig zeigst, wird er versuchen, Dir eine **Sperrzeit** reinzudrücken, d.h. für drei Monate das Geld wegzunehmen! Deswegen ist das

Arbeitsamt so sehr an der Zusammenarbeit mit McDonalds, Leiharbeitsfirmen oder anderen Schwitzbuden interessiert. Mit solchen Jobs können sie uns unter Druck setzen und aus ihrer Statistik rausschmeißen.

Sollen wir uns jeden Scheißjob gefallen lassen?

Die Arbeitsämter wollen, daß es normal wird, uns in Jobs wie bei McDonalds zu vermitteln, die von den meisten immer noch dankend abgelehnt werden. Sie wollen uns einbleuen, daß es kein Geld mehr vom Amt gibt, wenn wir uns nicht auf jeden x-beliebigen Job einlassen. Das müssen wir uns nicht gefallen lassen. Wenn wir uns nicht einfach in solche Jobs reinzwingen lassen, hilft das auch denjenigen, die in Firmen wie McDonalds für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Denn wenn sie selbst mit Hilfe des Arbeitsamts nicht genügend Lohnsklaven bekommen, können sie Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich wehren, nicht einfach rausschmeißen und durch neue ersetzen – wie es dort üblich ist.

Was können wir tun?

* Um eine Sperrzeit zu vermeiden, dürfen wir das Arbeitsangebot nicht ablehnen. Aber wir können uns beim Einstellungsgespräch ganz harmlos nach den Bedingungen erkundigen: Ob es denn einen **Betriebsrat** gibt? (Die will McDonalds in seinen Filialen unter allen Umständen verhindern.) Ob sie wissen, welche **Gewerkschaft** für diese Branche zuständig ist? Ob es **Lohnfortzahlung** im Krankheitsfall gibt? Ach wirklich, auch noch in der dritten Woche? (Das ist ohnehin gesetzlich vorgeschrieben, aber es könnte die Chefs stutzig machen, daß Du das so genau wissen willst.) Oder Frauen können sich erkundigen, wie lange denn der **Mutterschaftsurlaub** dauert. – Das sind ganz normale Fragen. Das Arbeitsamt kann Dir da keinen Strick draus drehen, aber es kann gut sein, daß die Chefs dann doch lieber auf Deine Arbeitskraft verzichten.
* Noch besser wäre es, wir würden uns in solchen Fällen **mit mehreren Leuten** zusammen bei den Chefs vom Arbeitsamt **beschweren** und solche Fälle öffentlich machen (wie wir es mit diesem Zettel tun).
* Wenn kein Weg daran vorbeiführt, einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben, müssen wir nicht resignieren. Sie haben zusammen mit Dir viele Leute eingestellt, die den Job **nur unter Androhung** einer Sperrzeit angenommen haben und die neu in dem Laden sind. Das eröffnet uns Möglichkeiten, dort zusammen **für bessere Bedingungen** zu kämpfen. Wenn sie z.B. eine neue Filiale aufmachen wollen, und ein paar Tage vorher zehn oder zwanzig Leute zusammen eine **Lohnerhöhung** verlangen, kommen sie ganz schön unter Druck.

Wehren wir uns gemeinsam gegen Billiglohnarbeit und Arbeitszwang!

Sklaven in Aufruhr

Solidarität zu welchem Preis?

Über die Kritiklosigkeit in der Solidaritätsbewegung mit den ZapatistInnen

Einleitung

Das folgende ist die Übersetzung eines Papiers des Mexiko Solidaritätskomitees aus Amsterdam vom Mai 1998. Der Text hat vor ein paar Tagen neue Aktualität bekommen: der Termin für das 3. *Internationale Treffen für Menschlichkeit und gegen Neoliberalismus* in Belem Do Para in Brasilien ist auf den 6.-9.12.99 gelegt worden. Ein Blick zurück kann also sinnvoll sein.

1999 ist der Aufstand in Chiapas ins sechste Jahr gegangen, die Situation der Aufständischen hat sich kontinuierlich verschlechtert, während die Solibewegung in Europa, vor allem in der BRD, kaum noch wahrnehmbar ist. Der Genosse aus Amsterdam listet hierfür einige Gründe auf: Hauptadressat der Kritik ist die Solibewegung, aber auch die EZLN kommt nicht ungeschoren davon. Die meisten der angeführten Punkte sind nicht neu (Bezug zur Nation, Umgang mit politischen Parteien oder Regierungsvertretern...), aber die Schilderung bestätigt einige Kritikpunkte, die sonst meist abgetan oder ignoriert werden. Auch im Wildcat-Zirkular findet sich diese Diskussion. Wer diese Auseinandersetzung nochmal nachvollziehen möchte, z.B. als Vorbereitung auf das nächste Internationale Treffen, kann das anhand der Wildcat-Zirkulare 22 und 45 tun.

Das Papier aus Amsterdam kritisiert die Beschränkung der Soliarbeit auf »Verstöße gegen die Menschenrechte« (Unterschriftensammlungen bis hin zu Appellen an die UNO). Der Krieg gegen Jugoslawien hat noch einmal deutlich gemacht, wie extrem wichtig diese Diskussion ist. Die Menschenrechte sind/waren *die* Rechtfertigungslüge des Krieges. Und trotz aller Offensichtlichkeit der Lügen und der wirklichen Interessenslagen waren/sind auch viele Linke für die Intervention – auch in Chiapas, wie der Text aus Amsterdam berichtet. Natürlich meinen die meisten die »friedliche« UNO oder die OECD, und nicht die brutale NATO. Dabei wissen spätestens heute alle, daß UNO, OECD u.ä. nur Wegbereiter

des »Menschenrechtsimperialismus« sind, daß wir nach den politischen Gründen fragen müssen, wenn es statt UNO eben die Bomben der NATO braucht.

Die Kritik aus Amsterdam an dem »Menschenrechtsbezug« und der damit zusammenhängenden »Institutionenillusion« (UNO, NGO's...), die letztlich immer wieder beim Staat landet, ist also aktuell und wichtig. Spätestens der Krieg in Jugoslawien hat gezeigt, daß ein Bezug auf die Zivilgesellschaft nicht möglich ist. Einige dieser Punkte werden im Text allerdings nur benannt und beklagt – es gibt keine Hinweise, wie da rauszukommen wäre. Zwei Ziele formuliert jede klassische Soliarbeit: man wolle keine »klassische Soliarbeit« machen und man wolle »hier« (auch) kämpfen. Traditionellerweise hatte dazu auch die EZLN 1996 in der Einladung zum ersten *Internationalen Treffen für Menschlichkeit und gegen Neoliberalismus* aufgefordert. Wer aber diese Aufforderung ernst nimmt, kann nicht weiterhin den Aufstand in Chiapas (und seine eventuelle Bedeutung für Mexiko und über dessen Grenzen hinaus!) in der Indigenität einsperren.

In der Vorbereitung für das nächste Internationale Treffen in Brasilien müssen wir zwei Dinge anpacken:

1. Bruch mit der Vision einer Zivilgesellschaft und mit den Institutionen und Vertretern dieser Zivilgesellschaft, wirkliche Alternativen von unten müssen diskutiert werden. Das kann nur gelingen, wenn wir »Politik« nicht als Aktion von Staaten, Eliten und Institutionen denken.
2. Bezug auf die Menschen hier. Der Krieg gegen Jugoslawien war (und ist) ein »sozialer Krieg« gegen die ArbeiterInnen und Bäuerinnen in dieser Region. Und die Regierungen in Europa reden recht offen darüber, den Schwung des Kriegs zu einer Umstrukturierung der Ausbeutung zu nutzen – Workfareprogramme und eine Neuorganisierung des europäischen Arbeitsmarktes. Wenn wir uns das nicht klar machen, werden wir auch nix mitzureden oder mitzumachen haben, wenn sich Widerstand gegen diese neuen Zumutungen regt.

Die Kritik aus Amsterdam könnte dazu ein Einstieg sein.

Amsterdam, Mai 1998:

Vor ungefähr einem Jahr löste sich das Amsterdamer Solidaritätskomitee Mexiko auf. Zunehmende Kritik an der Haltung der Leitung der Zapatistischen Armee für Nationale Befreiung und besonders die beinahe völlige Kritiklosigkeit und fortschreitende Institutionalisierung innerhalb der internationalen Solidaritätsbewegung mit den ZapatistInnen hat zu diesem Entschluß geführt. Einige von uns hatten keine Lust, mit Scheuklappen weiterzumachen, so wie es viel zu oft in der Vergangenheit passiert ist. Wir hatten von allen, die international dabei

beteiligt waren, eine kritischere Einstellung erwartet. Aber anscheinend wurde nicht oder wenig aus den Fehlern gelernt, unter denen Solidaritätsbewegungen in der Vergangenheit (und heutzutage) viel zu oft gelitten haben (und leiden). Diese Nachbereitung ist zugleich ein Aufruf, die Scheuklappen abzuwerfen und darüber nachzudenken, womit mensch beschäftigt ist.

Das folgende hat ein Mitglied des Mexiko-Solidaritäts-Komitees / Amsterdam (in Auflösung) geschrieben. Es ist ein unvollständige Versuch, unsere Aktivitäten und Standpunkte während der viereinhalb Jahre, in denen wir aktiv waren, einzuschätzen. Der Text gibt nicht unbedingt die Gedanken all jener wieder, die in der Vergangenheit in unserem Komitee aktiv waren, sondern ist eine Darstellung *meiner* Gedanken. Diese überschneiden sich teilweise mit denen der anderen beiden übrigen Mitglieder, weichen aber auch in einigen Bereichen davon ab.

Wie alles begann

Von 1994 bis 1998 haben wir interessierte Menschen in den Niederlanden mittels verschiedener Medien (e-mail, website, Zeitschrift, Infoabende, Radiosendungen usw.) über die Lage in Mexiko informiert. Unser Komitee wurde kurz nach Beginn des Aufstandes der Zapatistischen Armee für die Nationale Befreiung (EZLN) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas gegründet. Angefangen haben wir als offene Plattform, als Bündnis verschiedener Gruppen, aber schon nach drei Monaten (im April 1994) bildete sich eine Gruppe unabhängiger und anti-autoritärer Individuen. Während der vergangenen viereinhalb Jahre hat diese kleine Gruppe Solidarität nicht als bloße Form humanitären Handelns oder als blinde Solidarität Marke MitläuferIn verstanden, bei der es für eine persönliche Ansicht keinen Platz gibt. Wir versuchten, unsere eigenen Ansichten über die Entwicklungen in Mexiko, über die Erklärungen der Führung der Zapatistas (EZLN) und über die Funktionsweise des europäischen Solidaritätsnetzwerks auszudrücken. Anfangs, 1994, wurde ich angezogen von der anti-autoritären Einstellung, die die Kommuniqués der EZLN ausstrahlten. Ebenso begrüßte ich ihre Weigerung, die Macht zu ergreifen und ihre Weigerung, Teil der materialistischen Welt zu werden, in der alles und jedeR auf ihren oder seinen ökonomischen Wert reduziert wird und auf ihre oder seine Fähigkeit, Profit zu machen. Für mich spiegelten sich viele meiner eigenen Ideen und Ansichten wider, in der Art und Weise, wie sie die gegenwärtige globale Gesellschaft sahen, was sie über das »Politik-machen« dachten und wie sie zu basisdemokratischen Entscheidungen kamen. Einige von uns waren jedoch skeptischer als andere ange-

sichts des zapatistischen Credos »*mandar obeciendo*» [»gehorchend befehlen«] und solcher Widersprüche wie ihre Verehrung für die mexikanische Flagge und Nation und die Appelle an die Regierungen der Welt, die in vielen ihrer Kommuniqués enthalten sind. Aber zumindest glaubte ich an ihr Potential, eine radikale Veränderung zustande zu bringen.

Der Kampf um und gegen die Macht in Europa

Ab 1995 begannen wir, uns am europäischen Solidaritätsnetzwerk für die Zapatistas zu beteiligen, das gerade gegründet worden war, und wir nahmen an verschiedenen europaweiten Treffen teil. Ab Herbst 1995 begannen Zweifel über die Zusammensetzung und den Kurs dieses europäischen Netzwerks unter uns und auch mir zu wachsen. Auf den europäischen Treffen hörten wir Geschichten über Gruppen, die die Solidaritätsarbeit in ihren jeweiligen Städten/Regionen/-Ländern zu monopolisieren versuchten. Zum Beispiel setzte in der Schweiz eine Gruppe von ExilmexikanerInnen eine andere Gruppe aus der autonomen Szene derselben Stadt unter Druck, die ebenfalls Solidaritätsarbeit leistete. Es war schon seltsam, die Leute aus der autonomen Gruppe berichteten uns von den Drohungen und anderen autoritären Handlungen, aber diese Vorgänge wollten sie dann doch nicht auf die Tagesordnung der Treffen im europäischen Netzwerk setzen.

Im September 1995 sahen wir auch den fehlgeschlagenen Versuch eines Putschs eines Netzwerks italienischer Gruppen. Sie organisierten ein Europatreffen in Brescia (Italien) drei Monate vor dem Datum, das vorher festgelegt worden war, um ein europäisches Zentralsekretariat zu schaffen, das die Solidaritätskampagnen und die ein- und ausgehenden Informationen »koordinieren« sollte. Die meisten der übrigen europäischen Gruppen nahmen an dem Treffen in Brescia nicht teil, weil sie entweder nicht konnten oder nicht wollten. Die anwesenden nicht-italienischen Gruppen (± 5 gegenüber ca. 30 italienischen Gruppen) bekamen nicht viel mit, da fast alle Diskussionen auf Italienisch geführt wurden, während doch auf solchen Treffen die Verkehrssprache gewöhnlich Spanisch ist. Drei Monate zuvor war der gleiche Vorschlag von fast allen Gruppen, die auf dem europäischen Treffen in Barcelona im Juni 1995 gewesen waren, abgelehnt worden. Nach einer Welle wütender Reaktionen aus ganz Europa starb das Zentralsekretariat einen stillen Tod. Aber seltsamerweise wurde dieser »Putschversuch« danach auf dem Europa-Treffen in Paris im Januar 1996 nicht offen kritisiert. Alle internen Differenzen mußten zugunsten des *höheren Ziels* (der Solidaritätsarbeit für die Zapatistas) begraben werden.

Mensch könnte sich fragen, wozu das gut sein soll, einen anti-autoritären Kampf zu unterstützen, wenn du Teil eines Netzwerks bist, wo ein Haufen völlig

autoritärer und zentralistischer Gruppen immer wieder versucht, seine Ideen und Pläne allen anderen aufzudrücken.

Einige Monate später, im März 1996, passierte noch einmal fast das gleiche bei der Vorbereitung des *Europäischen Kontinentalen Treffens für Menschlichkeit und gegen Neoliberalismus*. Obwohl Gruppen in Deutschland, vor allem in Berlin, dieses Treffen bereits vorbereiteten (wie auf dem Treffen in Paris vereinbart worden war), versuchte plötzlich – das oben bereits erwähnte – italienische Netzwerk einen weiteren »Putsch« mit der Ankündigung, das Treffen würde in Mailand stattfinden. Sie behaupteten, das Treffen sei (in Italien) bereits überall angekündigt worden und es gäbe nun kein Zurück mehr. Das Europäische Netzwerk ließ sich nicht einschüchtern, und alle Gruppen außerhalb Italiens (und einige der nicht-stalinistischen Gruppen aus Italien) erklärten einmütig, daß in Italien kein Treffen stattfinden werde. Die stalinistischen ItalienerInnen gaben nach, und bemerkenswerterweise war kaum einE italienischeR StalinistIn auf dem Treffen zu sehen, das in Berlin stattfand (vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1996).

Wachsende Bedenken

Im Juli / August 1996 organisierte das EZLN das *Internationale Treffen für Menschlichkeit und gegen Neoliberalismus* im Kernland der Zapatistas, dem lacandonischen Dschungel. Die Art und Weise, wie dieses Treffen durchgeführt wurde, erregte unter den TeilnehmerInnen vielerlei Kritik. Aber wie immer fast nur verbal und nur innerhalb der verschiedenen Solidaritätsgruppen. Kritik scheint etwas zu sein, das nicht offen zum Ausdruck gebracht werden soll. In den danach erschienenen Publikationen und Zeitschriften der Solidaritätsgruppen und der TeilnehmerInnen fanden wir nur sehr wenige kritische Analysen des Treffens.

Die bürokratische Organisation, die autoritären ModeratorInnen der Arbeitsgruppen auf dem Treffen, der Mangel an Diskussion in den Arbeitsgruppen, weil laut vorgegebenem Programm endlose und sich wiederholende Texte vorgelesen wurden, die Zusammenfassungen der Arbeitsgruppen, die nur den absoluten Mainstream und Oberflächlichkeiten rüberbrachten (und bestehende und geäußerte abweichende Ansichten innerhalb der Arbeitsgruppen vertuschten), sowie die spektakulären Inszenierungen, denen die Anwesenden durch die zapatistische Organisation unterzogen wurden (stundenlang in der glühenden Sonne sitzen und auf die Ankunft des neuen *Messias*, Subcommandante Marcos, warten), das alles hatte vor, während und kurz nach dem Treffen für viel Kritik gesorgt. Es war ein

Schock zu sehen, wie die Leute von Sinnen waren, sobald Marcos irgendwo auftauchte. Ganze Gruppen begannen mit ihren Kameras loszurennen, um das EINE Foto zu schießen, dessentwegen sie vielleicht hergekommen waren. Viele TeilnehmerInnen hatten auch angesichts des Verhaltens von EZLN-VertreterInnen in den Arbeitsgruppen Zweifel bekommen. Bei den meisten Arbeitsgruppen schienen sie nicht wirklich dazusein. An den Diskussionen beteiligten sie sich kaum oder überhaupt nicht, sie saßen einfach nur da und einige schliefen ein (das ging auch anderen so, denn es war dermaßen langweilig, zwei Tage rumzusitzen und jedermann/fraus vorher aufgeschriebene Reden anzuhören), ihre Beiträge *lasen* sie vor (hatte jemand sie ihnen geschrieben?). Oft schienen sie nicht zu verstehen, worum sich die Diskussionen drehten. Waren sie nur als Dekoration geschickt worden? Haben sich die anderen TeilnehmerInnen (nicht vom EZLN) an den Arbeitsgruppen mal überlegt, daß sie sich verständlicher hätten ausdrücken sollen, ohne jede Menge intellektueller Glanzleistungen und Satzkonstruktionen, damit Leute mit wenig oder keiner Schulbildung auch folgen und an der Diskussion teilnehmen konnten? Fragen über Fragen. Ein Haufen Kritik, aber es gab praktisch keineN, die oder der sie veröffentlicht hätte.

Unsere Schwierigkeiten

Wir haben so gut wir konnten versucht, unsere eigenen Ansichten und die anderer GenossInnen aus ganz Europa über die Entwicklungen in Mexiko und im Solidaritäts-Netzwerk zu äußern. Unsere unregelmäßig erscheinende Zeitschrift *ZAPATA, Mexico Nieuwsbrief* entwickelte sich von einer einfachen Nachrichtenquelle über Basiskämpfe in Mexiko, besonders über jene der Zapatistas, zu einer Zeitschrift, die viele Entwicklungen infrage stellte und bestimmte Ansichten und Manöver der EZLN und Entwicklungen innerhalb des Europäischen Solidaritätsnetzes offen kritisierte.

Wir sahen uns mit vielen Problemen und peinlichen Situationen konfrontiert. Natürlich machten wir auch Fehler. Wir verbreiteten Informationen, die wir aus Mexiko oder anderswo mitbekommen hatten. Ab und zu schienen die Informationen, die wir in den Artikeln verarbeitet hatten, nicht zu stimmen. Dies zum Teil deswegen, weil wir sie nicht selber nachprüften, teilweise, weil wir unsere politischen Vorstellungen hintenan stellten und teilweise deswegen, weil wir von besagten Gruppen oder Einzelpersonen falsch informiert wurden.

In unserem ersten Jahr arbeiteten wir mit einem Mexikaner zusammen, der uns mit »Carlos« in Kontakt brachte, der sich uns gegenüber als Vertreter einer Organisation namens Movimiento Democrático Independiente (MDI) [Unabhängige Demokratische Bewegung] vorstellte. Nach fast einem Jahr stellte sich heraus, daß es in Mexiko gar keine MDI gab. Der Name war nur die europäische

Fassade für die PROCUP-PDLP, eine zweifelhafte, dogmatische marxistisch-leninistische Stadtguerilla-Organisation in Mexiko, die von vielen dort als eine Marionette des mexikanischen Geheimdienstes betrachtet wird. Obwohl einige von uns einzelnen Information von »Carlos« nicht getraut hatten, haben wir über diese Zweifel niemals wirklich mit ihm geredet. Als wir erkannten, was los war, brachen wir alle Kontakte zu ihm und zu dem oben erwähnten Mexikaner ab. Der Mangel an zuverlässigen Informationen aus anderen Quellen und unsere Naivität oder unkritische Einstellung hatten dazu geführt, daß wir fast ein Jahr mit jemand zusammengearbeitet haben, dessen politische Vorstellungen den unseren völlig widersprachen.

Kritik beiseite schieben?

Unsere Teilnahme an der von der EZLN durchgeführten »Internationalen Zapatistischen Volksbefragung« im August/September 1995 ist ein anderes Beispiel dafür, wie einige von uns ihre Kritik hintan stellten. Ein Teil der Gruppe war der Ansicht, die Fragen seien vollkommen absurd, vage oder unbedeutend. Dennoch verschickten wir die Formulare der Volksbefragung an in Holland lebende MexikanerInnen und eine übersetzte Fassung an die AbonnentInnen unserer Zeitung und an unsere FreundInnen. Eine völlig wahnsinnige Situation, da die Mehrheit unseres Komitees die Volksbefragung für völligen Unsinn hielt und sich selbst nicht daran beteiligte. Warum wird etwas mitorganisiert, dessen Sinn du gar nicht einsiehst? Wir verhielten uns wie viele »Militante«: Für die »*gute Sache*« schoben wir unsere Gefühle, Zweifel und unsere Kritik beiseite. Hinterher wußten einige von uns, daß wir einen großen Fehler gemacht hatten. Dies ist einer der Fehler, aus denen wir gelernt haben, aber ihr könnt sicher sein, wir haben noch mehr Fehler gemacht.

Recht bald kritisierten wir den Umgang der EZLN mit der mexikanischen Linken (einschließlich der Mitte-Links-Partei der demokratischen Revolution - PRD, der trotzkistischen Revolutionären Arbeiter-Partei - PRT und anderen). An einem Tag lehnten sie sie ab, um sie am darauffolgenden Tag zu umarmen (wie beim Werben um die PRD-Führer Cuauthémoc Cárdenas und Manuel López Obrador). Das gleiche gilt für die Gründung des zivilen Zweigs der EZLN, der Zapatistischen Front der Nationalen Befreiung (FZLN). Einige kritische Anmerkungen zu diesem dritten zapatistischen Versuch zur Errichtung eines Netzwerks der sympathisierenden BürgerInnen in Mexiko hatten wir bereits im April 1996, vier Monate nach ihrer Gründung, veröffentlicht. Der Besuch eines unserer Mit-

glieder in der Zentrale der FZLN in Mexiko-City bestätigte die in dem Artikel geäußerte Vermutung, daß die FZLN ein Sammelbecken sei für Leute aus der alten Linken, die die Sympathiewelle für die EZLN nutzen wollten, um in der politischen Arena verlorenen Boden wieder gutzumachen. Auf den Schlüsselpositionen der FZLN saßen viele frühere Militante der trotzkistischen PRT. Ob es unter bestimmten Umständen zu Bündnissen mit politischen Parteien kommen wird (etwa mit der schon erwähnten PRD), oder ob eine Machtbeteiligung als politisches Ziel abgelehnt wird, ist bis heute (Mai '99) von der FZLN nicht entschieden worden.

Unsere Unzufriedenheit wuchs immer weiter. Javier Elorriaga und seine Lebensgefährtin Gloria Benavides (zwei frühere politische Gefangene, die im Februar 1995 als vermutliche Zapatistische FührerInnen festgenommen worden waren) kamen als VertreterInnen der FZLN und als offiziell ernannte VertreterInnen der EZLN im November 1996 nach Paris. Sie waren von der Crème de la Crème der betuchten französischen Mitte-Links-Parteien, von Gewerkschaften und Kultureliten eingeladen worden. Sie besuchten den früheren Chefberater von Mitterand, Régis Debray, plauderten mit Mitterands Witwe Danielle und besuchten den »sozialistischen« Bürgermeister von Montreuil. Derselbe Bürgermeister hatte einige Wochen zuvor mehrere Häuser, die von den Sans-Papiers (illegale MigrantInnen ohne die erforderlichen Aufenthaltspapiere) besetzt worden waren, mit der üblichen Polizeigewalt räumen lassen. Als diese Sans-Papiers ein Treffen dieser FZLN/EZLN-VertreterInnen mit dem *radikal-linken Establishment* stürmten, hatten die beiden VertreterInnen kein Interesse daran, mit denjenigen *ohne Gesicht und Stimme* zu sprechen. Dieses tragische Spektakel führte zur Spaltung des Solidaritätskomitees in Paris. Außerhalb von Paris wurde die Auseinandersetzung nicht ernst genommen. Fast niemand äußerte sich zu dem schlechten Verhalten der EZLN/FZLN-VertreterInnen. Auch die EZLN reagierte in keinster Weise auf die Ereignisse in Paris. Das sollte zum strukturellen Merkmal ihrer Politik werden.

Die EZLN akzeptierte und akzeptiert bedenkenlos jegliche Unterstützung (solange die nicht von der mexikanischen Regierung kommt). Im Frühjahr 1996 empfingen sie mit großem Medienspektakel Danielle Mitterand in ihrer Hochburg La Realidad (im lakandonischen Dschungel). Auf dem Internationalen Treffen für Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus im Juli/August 1996 war Alain Touraine einer der Ehrengäste. Touraine, ein französischer Soziologe, hatte die wilden Streiks heftig abgelehnt, die im Dezember 1995 Paris und Frankreich lahmgelegt hatten. Auf den starken Protest einiger TeilnehmerInnen aus Deutschland und Frankreich gegen seine Teilnahme hatte Marcos geantwortet, der Sinn des Treffens bestehe darin, mit allen über den Neoliberalismus und über Möglichkeiten des Kampfs gegen ihn zu diskutieren, »sogar mit unseren Feinden, da wir auch mit unseren Feinden reden« (die mexikanische Regierung).

Die FranzösInnen gaben klein bei, da sie sich nicht darauf einigen konnten, Marcos auf dem Treffen öffentlich zu kritisieren. Einige der TeilnehmerInnen aus Frankreich gingen in ihrer Argumentation sogar so weit zu sagen, daß »dies das Bild Frankreichs und der französischen UnterstützerInnengruppen beschädigen würde«! Aber auch die Gruppen aus Deutschland nahmen ihre Kritik an dem Verhalten der EZLN zurück, da die französischen TeilnehmerInnen nicht bei ihrer anfänglichen Kritik geblieben waren. Sobald es sich um ausländische alte Linke oder sympathisierende Pseudolinke handelt, vergißt die EZLN die Kritik, die sie gegenüber der mexikanischen alten Linken gewöhnlich vorbringt.

Ihre Kontakte zur »reformierten« italienischen kommunistischen Partei, Rifondazione Comunista, laufen nach dem gleichen Muster ab. Die Finanzierung eines Projekts zur Elektrifizierung des zapatistischen Dorfes La Realidad durch das Stadtparlament von Venedig (in dem Rifondazione Comunista eine Schlüsselposition innehat) wurde von der EZLN akzeptiert. Wir sehen darin eine selektive Akzeptanz autoritärer Ideologien und politischer Parteien. Diese Selektivität ist sicherlich Resultat des opportunistischen Umgangs mit Hilfsangeboten, die in bestimmten Teilen von Chiapas von den Unterstützungs-Basen zum Überleben gebraucht werden.

Fortschreitende Bürokratisierung in Europa

Doch zurück nach Europa. Im Sommer 1997 fand in Spanien *das Zweite Internationale Treffen für Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus* statt. Auch diesmal rief die Organisation viel Kritik hervor. Schon bei den Vorbereitungen wurde klar, daß eine kleine Gruppe von BürokratInnen, vor allem aus Zaragossa und Madrid, ihre Vorstellungen vom Ablauf des Treffens durchgedrückt hatte (die in einer fast identischen Kopie des ersten Encuentro von 1996 bestanden). Gruppen mit einer kritischeren Sicht der Dinge oder anderen Vorstellungen wurde kein Platz eingeräumt, ihre Meinungen einzubringen. Fast noch befremdlicher ist, daß diese kritischeren Gruppen ihre Kritik schließlich fallen ließen und doch teilnahmen. Das Treffen machte sich die gleichen lächerlichen Akkreditierungs- und Ausweis-ähnlichen Identifikationspapiere zueigen, die während des ersten Treffens obligatorisch gewesen waren. Die zwei Delegierten der EZLN wurden fast vollständig von den anderen TeilnehmerInnen abgeschirmt, als handelte es sich um StaatschefInnen, deren Sicherheit von Leibwächtern bewacht werden muß. Durch das diktatorische Gehabe der OrganisatorInnen wurden Freiwillige, die bei den Vorbereitungen helfen wollten, wieder einmal wie unmündige ArbeiterInnen behandelt. Alle die es wagten, Kritik zu äußern, mußten

damit rechnen, wie Spitzel behandelt zu werden, die das Treffen sabotieren wollten.

Mit jedem Tag wird das Europäische Netzwerk immer mehr zu einer bürokratisch organisierten humanitären Hilfsorganisation, die im Namen des *höheren Ziels* alles tut. Es scheint den Blick für das, was in Europa vor sich geht, verloren zu haben. Es ignoriert die Existenz einer immer machtvolleren Europäischen Gemeinschaft, die sich auf militärischen und die innere Sicherheit (Polizei) betreffenden Ebenen zunehmend vereinheitlicht, die einen ungeheuren wirtschaftlichen Block aufbaut, in dem Menschen nur in der Rolle von produzierenden LohnsklavInnen zählen. Hauptziel des Europäischen Solidaritätsnetzes ist es geworden, Druck auf die Europäische Gemeinschaft und das Europäische Parlament auszuüben, damit der Vertrag über das Sonderabkommen zwischen der EU und der mexikanischen Regierung nicht zustande kommt. Die Vereinten Nationen sollen zur Intervention in Chiapas gebracht werden (entweder als VermittlerInnen oder als BeobachterInnen der Menschenrechte), das ist das andere Ziel. Sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch die Vereinten Nationen sind Instrumente der weltweiten Regierungen, wir sehen deshalb auch keinen Grund, sie um einen Gefallen zu bitten. Sie um einen Gefallen zu bitten, heißt, ihre Autorität und Existenz zu akzeptieren - wir akzeptieren das nicht und werden dies auch niemals tun! Dasselbe gilt, wenn bei BürgermeisterInnen oder Stadtparlamenten Unterschriften gesammelt werden für Petitionen wegen Verstößen gegen die Menschenrechte in Mexiko. Die Solidaritätsarbeit in Europa scheint sich auf Gespräche über Menschenrechte zu beschränken. Vielleicht sollten sie zu Amnesty International gehen. Amnesty ist für seine gute Arbeit bekannt, vermeidet es aber immer, einen politischen Standpunkt einzunehmen und die Legitimation eines politischen Systems überhaupt in Frage zu stellen. Die Aktivitäten des Europäischen Solidaritätsnetzes rund um die Menschenrechte machen einen ähnlichen Eindruck.

Die besseren Momente und Leute

Möglicherweise habe ich das Bild vermittelt, unsere Arbeit sei nur schrecklich und desillusionierend gewesen. So ist es natürlich nicht. Wir haben viele wunderbare, gescheite, warmherzige, kämpferische und humorvolle Menschen aus aller Welt getroffen. Alle haben auf ihre Art versucht, Wege des Denkens und Handelns zu finden. Durch die Zusammenarbeit mit ihnen haben wir herausgefunden, daß viele Formen der Solidaritätsarbeit möglich sind.

1997 und 1998 wurde mit unserer Teilnahme ein Projekt durchgeführt, das ein Beispiel für eine mehr gegenseitige, wenn auch noch nicht perfekte Solidaritätsaktion ist. Durchgeführt wurde sie von kritischeren Gruppen aus Frankreich,

Belgien, Spanien und Holland. Ursprünglich war das Ganze eine Idee von Arbeitslosen gewesen, die sich in der Welt der Fischerboote und Hafenarbeiter von Rouen und Le Havre in Frankreich auskannten. Auf dem Europäischen Encuentro 1996 in Berlin wurde der Vorschlag eingebracht. In erster Linie sollte es darum gehen, eine Segeltour von Europa nach Mexiko zu starten und dabei unterwegs und in Mexiko direkte Kontakte zu Basisorganisationen aufzubauen. Die Idee dabei war, gegenseitig Erfahrungen über soziale Kämpfe auszutauschen, wie sie hier und dort stattfinden. Die meist festgetretenen Pfade der Einbahnstraßenkommunikation innerhalb der Solidaritätskampagnen (was auch für die Solidaritätsarbeit mit den Zapatistas gilt) sollten durch diesen gegenseitigen Austausch von Ideen und Vorstellungen verlassen werden. Zwei Monate nachdem das französische Boot *Le Reve d'Absolu* im März 1997 aus dem Marseiller Hafen losgesegelt war, erreichte es die Küste von Oaxacan in Mexiko.

In Mexiko-City, Oaxaca und Chiapas wurden Kontakte zu Basisorganisationen geknüpft. Auch wenn die Kommunikation zwischen den Bootsmännern und -Frauen und uns in Europa nicht ganz wie gewünscht lief, erhielten wir doch interessante Briefe aus Mexiko. Leider hat sich die Idee, mit weiteren Bootsfahrten nach Mexiko die Kontakte weiterzuentwickeln, bislang nicht umsetzen lassen.

Während wir unsere Aktivitäten als Solidaritätskomitee Mexiko im März 1998 einstellten, werden sich einige der früheren Mitglieder über die Entwicklungen in Mexiko und Chiapas auf dem Laufenden halten. Vorläufig wird eine Person unsere Webseite mit aktuellen Informationen versorgen (in Holländisch) und eine E-Mail-Liste betreiben, die abonniert werden kann. Einige von uns werden auch mit anderen autonomen Gruppen im Europäischen Netzwerk in Kontakt bleiben, um jenseits der institutionalisierten Kanäle Ideen für Solidaritätskampagnen mit der zapatistischen Basis zu entwickeln.

Für Interessierte wird unser Archiv mit einer Menge an gedruckten oder elektronischen Informationen über Mexiko, Chiapas und die Zapatistas bis auf weiteres zugänglich bleiben. Das gleiche gilt für unser umfangreiches Videoarchiv (eine Liste der Titel findet sich im Archiv und auf unserer Webseite). Da wir im Moment von keinem Projekt wissen, das wir gerne unterstützen würden, sammeln wir keine Geldspenden mehr. Außerdem wollen wir uns bei allen, die gespendet oder geholfen haben, für ihre Unterstützung bedanken.

Geronimo/Jeroen vom Solidaritäts-Komitee Mexiko in Amsterdam, Holland.

Die Webseite des Mexiko-Komitees: http://www.dds.nl/~noticias/prensa/zapata
E-mail: zapata@noticias.xs4all.nl

Wir können für keine Seite Partei ergreifen Verweigern wir uns der mörderischen Logik des Krieges

Die Menschheit besitzt heute die materiellen Mittel, um die Grundlage einer wirklichen menschlichen Gemeinschaft, ohne Klassen und ohne Vaterländer zu schaffen; sie verfügt über reichlich Ressourcen, um ihren Kindern Wohlstand und soziale Entfaltung zu sichern. Trotzdem bringt uns der Kapitalismus, der die Zügel der Welt im heranbrechenden 21. Jahrhunderts in der Hand hat, in eine verzweifelte Lage. In zahlreichen Gegenden des Planeten sterben ganze Bevölkerungen an Unterernährung und Krankheiten, die vermieden werden könnten. Sogar in den reichsten Ländern über-leben Millionen von Menschen nur in äußerster Armut, ohne Job und sogar ohne Dach über dem Kopf.

Obwohl der alte Traum einer Welt ohne Kriege für die Menschen endlich erreichbar sein könnte, machen diese im Gegenteil eine endlose Folge von blutigen Gemetzeln durch. Es hat seit 50 Jahren keinen Weltkrieg gegeben, aber wenn wir alle Opfer der regionalen Konflikte zusammenzählen, die es in der Zwischenzeit gegeben hat, vom Nahen Osten bis Afrika, Lateinamerika und Asien, kommen wir auf eine vergleichbare, wenn nicht so gar höhere Anzahl von Toten wie im Weltkrieg von 1939 - 45. Wir können sogar sagen, daß der Rhythmus massenhafter Massaker sich in den letzten zehn Jahren beschleunigt hat: Golfregion, Tschetschenien, Aserbeidschan, Ruanda, Ex-Zaire, etc., nicht zu vergessen Kroatien und Bosnien. Und jetzt das Kosovo.

Es ist ihr Krieg

Es sind weder die serbischen Arbeiter, die diesen Krieg beschlossen haben, noch die aus dem Kosovo oder die aus den am Krieg beteiligten NATO-Ländern. Es sind die Regierenden in all diesen Ländern, die skrupellosen Führer der mörderischen Logik ihres Systems, die diese monströse Explosion der kriegerischen Barbarei anführen. Die Arbeiter, die ausgebeutete Bevölkerung, ist in diesem Krieg nur Kanonenfutter, militärische Infanterie, Lieferant von Arbeitskraft für die Produktion des Todes. Für die Ausgebeuteten im Kosovo und Jugoslawien besteht die kapitalistische Barbarei in den ethnischen Säuberungen, den Massakern, den Zwangsaushebungen von Männern im kampffähigen Alter, egal ob für die serbische Armee oder die kosovarische UÇK, den »chirurgischen« Luftangriffen, die, auch wenn sie nicht direkt die Zivilbevölkerung töten, ihr zunehmend die elementaren

Mittel zum Überleben nehmen. Die Arbeiter der NATO-Länder, die abgesehen von der Angst und dem Ohnmachtgefühl, die die Teilnahme »ihrer« Länder an einer solchen Entfesselung der kriegerischen Barbarei erzeugt, sind bisher von ihren schlimmsten Schrecken bewahrt worden. Doch kündet ihnen die machtvolle Präsenz von »Bodentruppen« an, daß das Kapital sich darauf vorbereitet, noch mehr »Blutzoll« einzutreiben.

Wir werden manipuliert

Wie in allen kapitalistischen Kriegen sind die Lüge und die ideologische Manipulation der Ausgebeuteten durch ihre jeweiligen Regierungen die Waffen, die alles bestimmen. Die modernen Kriege gehen zu allererst um die Gehirne der Ausgebeuteten. Die serbischen und russischen Bildschirme zeigen unablässig die Schreckensszenen und das durch die NATO-Bombardierungen geschaffene Leid mit dramatischen Kommentaren wie *»die größten Mächte der Welt, die auf bestialische Weise eine kleine Nation unter Druck setzen, die kein anderes Verbrechen begangen hat, als verhindern zu wollen, daß man ihr einen Teil ihres Territoriums entreißt«*; die Medien der NATO-Länder hämmern uns genauso systematisch die Szenen der Trostlosigkeit in den kosovarischen Flüchtlingslagern ein, wenn möglich mit einem Kind im Arm eines Soldaten der »Allianz«, *»verjagt aus ihren Häusern durch Milošević, aber beschützt und getröstet durch die generöse humanitäre Geste der westlichen Militärmächte«*. Beide Seiten lügen, manipulieren wissenschaftlich das Bewußtsein und versuchen so, durch betäubendes Propagandagetöse die schreckliche Realität ihrer wahren Interessen und dreckigen Methoden zu verbergen. Die imperialistische Gier von Milošević nach einem »Großserbien« ist grundsätzlich von derselben Natur wie die der russischen Bourgeoise, die der NATO-Länder oder aller anderen kapitalistischen Nationen. Die einzelnen Fraktionen unterscheiden sich nur in ihrer Zerstörungskraft, die bestimmt durch das gegenseitige Machtverhältnis.

Der Respekt vor dem Leben und dem »Humanitären« ist der gleiche, wenn die Milošević-Regierung die Zivilbevölkerung des Kosovo massakriert oder die kroatische Regierung ethnische Säuberungen gegen die Serben durchführt; wenn die russische Regierung Massaker an der tschetschenischen Bevölkerung durchführt; wenn die amerikanische Regierung sich zum Komplizen der Massaker an der kurdischen Bevölkerung durch die türkische Armee macht; wenn die französische Regierung mit dem Segen der UNO mitschuldig an dem Genozid an mehr als einer halben Million Ruander ist; wenn die wirtschaftlichen Großmächte des Westens während des Golfkriegs den ganzen Irak in Schutt und Asche legen; wenn heute die Armeen der westlichen Großmächte die Bevölkerung von ganz Serbien töten und aushungern.

Wir werden manipuliert, um zu verbergen, daß es in diesem Krieg in Wirklichkeit nicht um die Verteidigung der unterdrückten Menschen oder der Rechtsprinzipien geht, sondern um die schäbige Aufteilung des Planeten unter den kapitalistischen Großmächten. Seit Ende des letzten Weltkrieges war Jugoslawien eine Pufferzone zwischen den beiden kapitalistischen Großmächten, der russischen und der amerikanischen. Nach dem Zusammenbruch der ersten haben sich die kleinen und großen Mächte im Kampf um ihren Anteil in der Einflußzone wie Haifische gegenseitig zerfleischt. Nach dem ersten Krieg, der 1991 begann und mit der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien, die zur deutschen Einflußzone geworden waren, endete, nach dem Bosnienkrieg, der den USA einen Einflußbereich in der Region sicherte, nachdem ganze Teile der serbischen, kroatischen und bosnischen Bevölkerungen zu Zehntausenden getötet und zu Millionen vertrieben worden waren, geht die Aufteilung unter dem Einsatz immer beträchtlicherer Mittel weiter. Jelzin, schonungslos wie immer, sagte ohne »humanitäres« Schnickschnack: *»Der Balkan ist Ort entscheidender strategischer Interessen.«* Als Schnittstelle zwischen Europa, der russischen Einflußzone und dem Nahen Osten war der Balkan tatsächlich ein erstrangiger Streitpunkt in den beiden Weltkriegen und er bleibt es in einem der letzten imperialistischen Konflikte dieses Jahrhunderts.

Die uns in den Krieg schicken

Die Niederträchtigkeit, die sich im Kosovo ausbreitet, hat wenigstens den Verdienst aufzuzeigen, wer nicht zu den Freunden der Ausgebeuteten zählt: die aushebenden Offiziere sind ihre Feinde, welche Gründe auch immer sie haben, um ihre Schandtaten zu verdecken. Zu ihnen gehören natürlich die Parteien der Rechten, was nicht überraschend ist. Diese politischen Kräfte, klassische Meister der zynischen Rationalität des Kapitalismus, die ungeschminkt die Menschlichkeit der Ausgebeuteten verachten, verhalten sich wie gewohnt. Am gefährlichsten sind diejenigen, die im Namen progressiver und »sozialistischer« Ideale zum Massaker aufrufen, die sich auf die großen Traditionen der Arbeiterbewegung berufen, um ihr Gemetzel zu rechtfertigen.

Die »Sozialisten« Schröder, Jospin, Blair, D'Alema, die an den Spitzen der Regierungen der europäischen Großmächte stehen, Solana (Generalsekretär der NATO) und der »Demokrat« Clinton, Präsident der führenden Weltmacht, führen wahrhaftige Kriegskabinette. Im Namen des Krieges sind sie die ersten Chefs der alliierten Verbände, die die Arbeiter in ihren Fabriken oder in Uniform töten.

Mit dem Alibi der Menschenrechte fordern die kommunistischen Parteien, alte wie neue, das Ende der Bombardierungen Serbiens und geben sich »pazifistisch«. Aber wenn sie mit in der Regierung sitzen wie in Frankreich, tragen sie die volle Verantwortung mit für die kriegerischen Schandtaten. Die Trotzkisten setzen im Namen des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker die Interessen der Koso-

varen an die erste Stelle. Wie in jedem Krieg seit 1945 sind sie die Meister des »man muß für eine Seite Partei ergreifen«. Heute verlangen sie die Bewaffnung der UÇK, und obwohl diese sich den USA verschrieben haben, halten sie das Weltproletariat für weniger wichtig als die Macht, in der sie früher die Verkörperung des Imperialismus gesehen haben.

Die Grünen selbst mit Joschka Fischer (deutscher Außenminister) und Cohn-Bendit an der Spitze sind nicht die am wenigsten entschlossenen Bellizisten: diese netten Verteidiger der Zugvögel gegen die Jäger regen sich auf, wenn die Zielscheiben Tiere sind, aber sie mobilisieren das Militär, wenn es um Menschen geht.

Was tun?

Um Krieg zu führen, brauchen die Regierungen zuerst und vor allem eines in ihren Ländern: »sozialen Frieden«. Die ideologische und materielle Unterwerfung der Arbeiter durch ihre Regierungen ist eine notwendige Bedingung der kapitalistischen Kriege. Man braucht unterworfene Ausgebeutete für die Truppe, auch für Söldnerarmeen, die »für das Vaterland« sterben sollen. Hinter der Front braucht man unterworfene Ausgebeutete, um die materiellen Mittel für den Krieg zu produzieren und die Politiker nach ihrem Gutdünken handeln zu lassen. Aus diesem Grund hält die Klasse der Arbeiter, wenn sie wieder zu sich selbst kommt und als solche behauptet, die Mittel in ihren Händen, um die wahnsinnige Logik dieses mörderischen Systems zu stoppen.

Den sozialen Frieden zerschlagen, aus jedem unmittelbaren Kampf ein Moment des globalen Kampfes gegen das System der Ausbeutung machen, die ideologischen Ketten der »patriotischen Bünde« und der Unterwerfung unter die etablierte Ordnung zerreißen: wenn die Proletarier es schaffen, dem Gefühl der Ohnmacht zu entkommen, das alle Medien verbreiten, haben sie die Mittel, das zu tun, und sie werden es tun, wenn sie vermeiden wollen, daß der Schrecken andauert.

Krieg ist kein natürliches Schicksal. Er ist Produkt des Kapitalismus, genau wie Arbeitslosigkeit, Elend und Ausbeutung. Wer also gegen den Krieg kämpfen will, kann nicht für einen »pazifistischen Kapitalismus« sein, sondern muß gegen die kapitalistische Ordnung selbst kämpfen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Der Kommunismus hat nie existiert,
er ist immer noch unsere Zukunft.

Einige Internationalisten

Die **Beilagen mit wichtigen Texten aus der revolutionären Debatte**, die wir seit Zirkular 42/43 in die Zirkulare reinzulegen, sind auch einzeln erhältlich.

Da sich diese Texte hervorragend für die **Diskussion in Arbeitsgruppen** eignen, haben wir davon ein paar mehr gedruckt. Die Hefte haben einen Umfang zwischen 44 und 80 Seiten und kosten einzeln 5 Mark. Da ein Großteil unserer Kosten für Porto und Verpackung draufgehen, bieten wir an:
3 Beilagen für 10.- Mark und 4 Beilagen für 12.- Mark (jeweils incl. Porto).

Zirkular 42/43, März 1998:
Zwischen Revolte und Niederlage – Selbständige Arbeiter auf dem Bau in England (1974). Im Anhang eine Aktualisierung von 1997.

Zirkular 46/47, Februar 1999:
Loren Goldner: Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft

Zirkular 48/49, März 1999:
Aufheben: Dole Autonomy gegen die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Zirkular 50/51, Mai (Juni) 1999:
Gilles Dauvé: Wenn die Aufstände sterben

Und jetzt in diesem Zirkular:
Gilles Dauvé: Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung

Das gilt nicht für »Dole Autonomy«, die demnächst als eigenständige Broschüre mit einem neuen Vorwort erscheint. Bestellungen dafür bitte an:
sowot c/o Buchhandlung Jos Fritz; Wilhelmstr. 15; 79098 Freiburg

Wir räumen unseren Speicher!

Wir haben noch folgende TheKlas (Umfang 150-220 Seiten),
die wir am liebsten als Gesamtpaket für 50 DM (incl. Porto) verschicken:

Thekla 10 – »Zerowork« [Beide Hefte der amerikanischen Zeitschrift] 10,-
Thekla 11 – Let's get organized [Jobber-Aktionen] 7,-
Thekla 12 – Arbeit, Entropie, Apokalyse [Text von Midnight Notes] 7,-
Thekla 13 – Klassenkämpfe im Sozialismus [Polen, China; Frankreich] 7,-
Thekla 14 – Ölwechsel [Golfkrieg, Zionismus] 7,-
Thekla 16 – Sabotage [ArbeiterInnen in USA] 16,-
Thekla 17 – Arbeit, Energie, Krieg [Krieg & Migration; **hochaktuell!**] 14,-

aus dem Inhalt:

- Der Krieg der NATO, der dritte Weg und die neuen Klassenverhältnisse in Europa
- Zerstörung der Arbeiterklasse und beschleunigte Restrukturierung in Jugoslawien
- START: Leiharbeit am Fließband bei Ford in Köln
- (Selbst-)Kritik der Chiapas-Solidaritätsbewegung

Beilage:

Gilles Dauvé
François Martin

»Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung«

leichte Löhne - schwere Panzer
(Plakat, Mai 1968)